

Ersteinstufige
nachmitt. mit Anwesenheit
von Sonn- und Festtagen.

Abonnementpreis
monatlich 40 Pf.,
vierteljährlich 1,20 Mk.,
prämium, frei ins Haus,
durch die Post bezogen,
1,60 Mk. inkl. Postgeb.

Die Kreuz Welt
Unterhaltungsbeilage,
durch die Post und bezogen,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047,
Telegramm-Adresse:
Vollständigt Nachrichten.



Insertionsgebühr
betragt für die 6 spalten-
weitigen Zeilen über dem Namen
30 Pfennig.

Die ansonstige Anzeigen
80 Pfennig.

In dem ersten Anzeigenteil
kann bei Seite 76 Pfennig.

Insertate
für die halbe Spalte
müssen spätestens bis zum
Mittwoch 10 Uhr vor
Expedition ankommen
sein.

Eintragung in die
Polizeistiftung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Raumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Harz 42/43.

Die Thronrede über die preussische Wahlreform.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.
Die Thronrede, mit dem Wilhelm II. am gestrigen Dienstag den preussischen Landtag eröffnete, beginnt mit folgenden Worten:

Ein Jahrhundert ist veronnen, seit mein in Gott ruhender Vorfahr, weiland König Friedrich Wilhelm III., durch Erlass der Städteordnung die Bürger Preussens zur Teilnahme an der Verwaltung des städtischen Gemeinwesens berief. Segensreich hat sich seitdem die Selbstverwaltung entwickelt und in stetem Wachstum über Provinzen, Kreise und ländliche Gemeinden ausgebreitet.

Mit dem Erlass der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erlaube darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Diese neue preussische Thronrede ist die erste seit sechzig Jahren, die sich ganz bezieht auf die Notwendigkeit einer etwas tiefer einschneidenden Reform des preussischen Wahlrechts anzuerkennen. Sie ist, um es mit wenigen Worten zu sagen, wertvoll, soweit sie vom Geist notwendiger Angelegenheiten an die revolutionären Bewegungen der Vergangenheit und die stürmischen Volksforderungen der Gegenwart erfüllt ist. Sie ist wertlos, kalt und unfreundlich, soweit in ihr der eigentlich preussische Geist des Widerstandes und der starken Negation gegenüber dem pulsierenden politischen Volksleben der Gegenwart keine alte Stellung besauptet. Ihre diplomatisch verschlungenen Wendungen sind gleichsam auf die Melodie des Preußenmarches abgestimmt, aber dreimal bringt der Sturm der Marschallische durch. Tatsachen sind stärker als der Wille auf den Thronen.

Die preussische Städteordnung ist das abgeleitete Produkt der großen französischen Revolution. Sie wurde erlassen, als das alte Preußen der Zunft vor dem Casar des revolutionären Frankreich in die Knie gesunken war.

Der Erlass der preussischen Verfassung erfolgte vierzig Jahre später in den Stürmen der deutschen bürgerlichen Revolution, nachdem der König vor den Waffengefallenen den Hut gezogen hatte.

Jetzt wird die Reform des preussischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt. Diese grundlegend wichtige Anerkennung erfolgt unter Umständen, die mit den Verhältnissen der Jahre 1808 und 1848 gewiß nicht zu vergleichen sind, und sie ist auch bei weitem nicht so wertvoll wie die Errungenschaften jener Jahre. Bedenken darf aber nicht vergessen werden, daß selbst das winzige, in seiner Weise betrübende Zugeständnis des 20. Oktober erst nach den Stürmen des 10. und 12. Januar erfolgt ist. Das Wort von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart, das am Dienstag im königlichen Schloß gesprochen wurde, ist das Echo der Parzellate, die am Wahlrechts Sonntag des Januar draußen vor den Fenstern dröhnte.

Die sozialdemokratische Arbeitererschaft darf demnach das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in der Wahlrechtsreform eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erkannt zu haben, ehe die regierende Staatsweisheit der Herren Minister die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkannte. Diese geschichtliche Tatsache stellt dem „politischen Verständnis“

der Arbeiterklasse das ehrenvollste Zeugnis aus, spricht aber nicht gerade für eine besonders hohe Entwicklung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls der hohen Staatsregierung. Die sozialdemokratische Arbeitererschaft Preussens, unterstützt von der Arbeitererschaft des übrigen Deutschlands und der ganzen Welt, wird daher fortfahren, das staatliche Verantwortlichkeitsgefühl der Regierung zu schärfen: sie wird sie nicht vergessen lassen, daß die Reform des Wahlrechts in Preußen eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist und daß diese Aufgabe nur gelöst werden kann durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Wenn die regierenden Mächte des preussischen Staates erkennen werden, daß hinter dieser Forderung eine fest entschlossene Masse steht, die ihren Kampf mit ruhiger Überlegung im strengen Rahmen der Gesetzlichkeit führt, schließlich aber auch bereit ist, sich über totschlagen zu lassen als von ihrem guten Rechte abzusehen, wird niemand mehr den Sieg der preussischen Wahlrechtsbewegung aufhalten imstande sein. Wieviel Schritte und Opfer die Erreichung dieses Zieles noch erfordern wird, läßt uns der übrige Inhalt der Thronrede, soweit sich diese mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt, ahnen. Aber die Arbeitererschaft wird sich durch nichts abdrängen lassen von der Durchführung ihrer großen Aufgabe, die sie, schon lange vor der Thronrede, als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erkannt hat.

Ein Irrtum der Thronrede.

Nach dem Wortlaut der Thronrede sollen die Vorschriften des Dreiklassenwahlrechts „auf Grundlage der Verfassung“ erlassen sein. Das ist ein geradezu unbegreiflicher geschichtlicher und staatsrechtlicher Irrtum. Die Dreiklassenwahlordnung vom 30. Mai 1849 wurde nicht auf Grundlage der Verfassung erlassen, sondern unter schmähtlichem Verfassungsgesbruch. Selbst der frühere konservative Minister des Innern, Herrfurth, hat zugestanden, daß die förmliche Verordnung vom 30. Mai 1849 „auf Grund des hierfür allerdings eine genügende Rechtsbasis nicht gebührenden Artikel 108 der altprovisorischen Verfassungsurkunde erlassen worden sei“.

Wäre damals die Verfassung nicht gebrochen worden, so würde in Preußen noch heute, und zwar von Rechts wegen, das allgemeine, gleiche Wahlrecht bestehen, das vor dem Verfassungbruch der Dreiklassenverordnung in Geltung stand.

„Organische Fortentwicklung.“
Das Dreiklassenwahlrecht entstand vor sechzig Jahren durch einen jähen kontrerevolutionären Bruch des bestehenden Rechts, das dadurch radikal beseitigt wurde. Heute aber, nach sechzig Jahren, soll das Dreiklassenwahlrecht nicht radikal beseitigt, sondern „organisch fortentwickelt“ werden. Der von der Thronrede proklamierte Irrtum der „organischen Fortentwicklung“ wird dann allerdings logisch aufgehoben durch die Ankündigung, daß diese Fortentwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen solle. In den sechzig Jahren des politischen Stillstandes hat sich eine vollständige wirtschaftliche Revolutionierung des alten Preußen vollzogen, das sich aus einem betriebe exportierenden Agrarstaat zum größten Industrie- und europäischen Kontinenten entwickelt hat. Auch im Jahre 1848 wurden nur 28,8 Prozent der Bevölkerung zur Stadt, 71,2 Prozent aber zur Landbevölkerung gezählt, jetzt beträgt man 55,7 Prozent zur Stadt, und nur 44,3 Prozent zur Landbevölkerung; nur 48,9 Prozent der Erwerbstätigen werden der Landbevölkerung zugerechnet. Das preussische Wahlrecht hat diese Entwicklung bisher vollständig ignoriert. Soll ihr nun entsprechen werden, so kann von seiner organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts gesprochen werden, sondern nur von seiner radikalen Beseitigung.

Das künftige preussische Wahlrecht soll aber auch der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprechen, d. h. es soll intonuell ungleich sein, als die Regierung unter dieser der Bildung, des politischen Verständnisses und Verantwortlichkeitsgefühls innerhalb der Bevölkerung als vorhanden annimmt. Besteht die Absicht — und man kann nicht daran zweifeln, daß sie besteht —, Unterschiede in der Wahlberechtigung zu machen, dann bedeutet der Wortlaut der Thronrede für breite Massen des preussischen Volkes nicht daß die Ankündigung fortgesetzt, Entschuldigungen fordern aus eine schwere Verletzung, die sich ihnen gegen, daß sie minder gebildet, minder verständig und mit geringerem Verantwortlichkeitsgefühl behaftet seien, nicht nur als die bevorrechteten Klassen, sondern auch als ihre eigenen Klassenangehörigen in anderen Ländern. In Bayern, Baden, Preußen sind die Massen reif fürs gleiche Recht, in Preußen sollen sie zu unreif, zu dumm und ungleich sein? In diesem Sinne wäre die preussische Thronrede eine Thronrede gegen Preußen!

„Umfassende Vorarbeiten.“
Am Vorabend der Eröffnung des preussischen Landtages hat ein Mitglied des mitregierenden Blocks, der Reichstagsabgeordnete Friedrich R u m a n n, die Ankündigung umfassender Vorarbeiten zur preussischen Wahlreform als Volksverhöhnung und Schwindel bezeichnet. Nach der Auffassung Herrn Rummans müssen also die Minister den König von Preußen angehörschwindeln haben, als sie ihn zur Ankündigung der „umfassenden Vorarbeiten“ veranlassen.

Welchen Ausdruck man nun immer zur Kennzeichnung dieser Stelle der Thronrede gebrauchen mag, so ist doch sicher, daß sie falsch ist. Es sind keine umfassenden Vorarbeiten notwendig, um die einzige Reform zuzuführen, die wirklich Wert und Sinn hat, aber auch eine solche, unzureichende Wahlreform ließe sich ohne besondere Vorarbeiten binnen kurzem ausarbeiten, wenn nur die Regierung den Mut zu rechtmäßigen und links aufdränge, daß er von einem solchen Vorhaben notwendig ist. Man verhascht sich hinter Vorarbeiten, weil ein erster Wille zur Tat überhaupt nicht vorhanden ist.

Die preussische Regierung bereitet sich darauf vor, eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart — der Gegenwart, nicht einer ferneren Zukunft! — zu verschleppen und zu verpfuschen. Sie will jetzt nichts, dann wieder nichts, später erst recht nichts, und zum Schluß, wenn es schon gar nicht anders geht, vielleicht ein geringes Etwas, doch sicher nie und nimmer das Rechte. Diese Regierung und ihre Anhänger bilden für die Wahlrechtsbewegung einen Block der Hindernisse, der nicht aufhört zu sein, was er ist, weil es dem Ansehen der Arbeiter ergeht, ihn um die Willkürerzeugung eines prinzipiellen Zugeständnisses vorwärts zu schieben. Jeder ehrliche Wahlrechtskämpfer muß sich Wunden heilen, daß mit der Regierung keine umfassenden Vorarbeiten — kurzen Prozeß gemacht wird.

Bürgerliche Prekognitionen zur Thronrede.

Berliner Tagblatt (linkspreussisch): Man wird die allerdings nicht sehr klare Sprache der Thronrede so aufpassen dürfen, daß eine Reform des Wahlrechts, sei es in Gestalt eines nach Vermögen, Alter und Bildung abgestuften Pluralwahlrechts, sei es lediglich durch Einführung eines Bildungsmaßstabes, in Aussicht gestellt wird.

Es ist klar, daß für den entschiedenen Liberalismus in Preußen die Pluralwahlrechtsreform der Bildungsmaßstabes eine annehmbare Lösung des Problems bedeuten würde. Immerhin hat nun endlich auch der König von Preußen in feierlicher Stunde und in bestimmter Form die organischen Mängel des bestehenden Wahlrechts anerkannt, ihre Beseitigung verprochen. Das ist ein Schritt auf dem Wege, ein Schritt vor allem, so dem es ein Jurist nicht gibt.

Wahlrecht, sei es lediglich durch Einführung eines Bildungsmaßstabes, in Aussicht gestellt wird.

Es ist klar, daß für den entschiedenen Liberalismus in Preußen die Pluralwahlrechtsreform der Bildungsmaßstabes eine annehmbare Lösung des Problems bedeuten würde. Immerhin hat nun endlich auch der König von Preußen in feierlicher Stunde und in bestimmter Form die organischen Mängel des bestehenden Wahlrechts anerkannt, ihre Beseitigung verprochen. Das ist ein Schritt auf dem Wege, ein Schritt vor allem, so dem es ein Jurist nicht gibt.

Berliner Volkzeitung (demokratisch): Parte Anhebungen über eine „organische Fortentwicklung“ des famosen preussischen Dreiklassenwahlrechts schmüden die Thronrede in ihrem ersten Absatz. Indes, was man von dieser „organischen Fortentwicklung“ so heißen kann, weiß man genügend aus der berühmten Briefen Hoflage Wilhelms an die Hofkreisläufer, als die die Abgeordneten in ihrer bekannten lauen Art Reformmeister markierten. Die trauglichen Längerdarleihen des Dreiklassenwahlrechts sollen nach Wilhelms Erklärungen bestehen bleiben.

Börsliche Zeitung (linkspreussisch): Wie lange es her, daß ein preussischer Minister des Innern der Rede war, daß ein Wahlrecht zu ändern, ein rundes und glattes kein entgegensteht! Und jetzt ist der Träger der Thronrede unter Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten feierlich den Stab über das bestehende Wahlrecht und erklärt die Wahlreform für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Willst du nicht schon die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart mit einiger Wahrscheinlichkeit lösen, daß die Regierung ein parlamentarisches Vorhaben beschließt. Inzwischen hat es auch damit noch gute Wege.

Tägliche Rundschau (Alldeutsch): Es scheinen sich damit die Meinungen zu befestigen, wonach vor Ende 1909 oder gar 1910 an eine Beendigung der Ermittlungen nicht zu denken ist. Der Reichstag Wilhelms Rede und Annahmen müssen die Parteien die Vorarbeiten in der Sache so außerordentlich weit fort, so kann der Landtag vor dem Winter 1910/11 gar 1911/12 den Reformentwurf gar nicht vorgelegt erhalten; und da Material von so tief einschneidender Bedeutung sahrungsgemäß in ein oder zwei Sessionen kaum zu erledigen sind, würde der neue Landtag im Jahre 1912 noch nach dem alten Wahlrecht gewählt werden, was darauf hinweist, eine unannehmliche Forderung, daß die Regierung, um sich das Vertrauen der Wahlen und der Mittelparteien zu erhalten, durch ungewichtigen Erklärungen diese Perspektive gerichtet.

Preussische Zeitung (konservativ): In den Konzeptionen der Landes wird dieser erste Teil der Thronrede die ersten Bedenken erwecken, zumal hier in den feierlichsten Form alle die Motive gebilligt werden, die von dem demokratischen Seite für eine Wahlrechtsreform geltend gemacht worden sind: die wirtschaftliche Entwicklung, die Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie die Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls.

Wie zu beobachten es auf diese Weise, daß diesen Bedenken nachgegeben, zumal hier in den feierlichsten Form „organische Fortentwicklung“ kann man zwar verstehen, daß grundsätzliche Veränderungen nicht beschließt sein; man kann aber auch das Gegenteil annehmen. Die konservative Partei befürchtet, wie sie oft ausgesprochen hat, von jedem härteren Eingriff in die organische Einheit des Wahlrechts eine unannehmliche Entschädigung der Demokratie, zumal hier in den feierlichsten Form alle die Motive gebilligt werden, die von dem demokratischen Seite für eine Wahlrechtsreform geltend gemacht worden sind: die wirtschaftliche Entwicklung, die Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie die Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls.

Darin stimmen wir der Thronrede vollkommen ab, daß umfassende Vorarbeiten nötig sind. Diese Vorarbeiten werden nicht über das hinaus gehen, was durchgesetzlich werden können, wenn auch die Regierung sie mit allem Nachdruck betreibt. Daß die begonnene Zugung des Landtags mit der Wahlrechtsfrage nicht befaßt werden wird, geht wohl unzweifelhaft aus diesem Teile der Thronrede hervor.

Berliner Zeitung... Was sonst noch über die Wahlreform gesagt wird, ist nur gemein. Parte Arbeiter in der Thronrede, die die Thronrede nicht befaßt werden wird, geht wohl unzweifelhaft aus diesem Teile der Thronrede hervor.

Freiwillige Zeitung... Was sonst noch über die Wahlreform gesagt wird, ist nur gemein. Parte Arbeiter in der Thronrede, die die Thronrede nicht befaßt werden wird, geht wohl unzweifelhaft aus diesem Teile der Thronrede hervor.

Damach hat man gut, sich von den Wahlreformplänen der



Regierung nicht zu übertriebene Vorstellungen zu machen. Die Stellung der freisinnigen Partei zu dieser Angelegenheit ist längst präzisiert. Wir erinnern nur an die Rede mit der Abg. Traeger in der vorigen Session den Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts in Preußen, sowie andererseits Bestimmung der Wahlbezirke am 10. Januar 1908 begründete. Eine Rede, die wie Abg. Fischer an demselben Tage noch ausdrücklich erklärte, die grundsätzliche Stellung der Partei zur Frage des Wahlrechts fernzulegen und die einstimmige Meinung der freisinnigen Fraktionen wiederzugeben. Wie wir weiter unten mitteilen, hat die freisinnige Volkspartei auch schon beschlossen, ihren vorjährigen Wahlrechtsantrag wieder einzubringen. Spätestens bei dieser Gelegenheit, wenn nicht früher, wird die Regierung beauftragt werden, mitzutheilen, welche Aenderungen sie im einzelnen machen will, und wann die umfassenden Vorarbeiten, die man in dieser langwierigen Frage für nötig hält, eigentlich ihre Ende finden werden.

Tagesgeschichte.

Salle a. S., 21. Oktober 1908.

Der Streit um die neuen Steuern.

Unter neuen Umständen sind, wie die Konser. Korrespondenz schreibt, die Konserativen geneigt, gegen eine direkten Reichsteuer auszusprechen. Von diesem grundsätzlichen Standpunkte würden sie keinesfalls abweichen. In der Deutschen Tageszeitung wendet sich ein Nationalliberaler in scharfen Worten gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer. Der Verfasser bemerkt, er habe in seinen Parteikreisen viele Anhänger, was ihm gern zu glauben ist. — Als erster freiwilliger Regierungskommissar macht der Abg. Wendt kurzzeitig eine Geschäftsreise. In Preiburg i. Br. sprach er für die Subsidiensteuerfrage. Die Versammlung telegraphierte dem Kanzler an und erhielt umgehend eine dankende Antwort. Daß der Vertreter der Wähler der Bergleute für neue Belastung der Bergleute eintritt, wird ihm solange ungestraft hingehen, als seine Wähler sich das gefallen lassen. — Recht verärgert führt der Abg. v. Camp im Tag aus: Wie die verbündeten Regierungen vom Reichstag mit Recht verlangt haben, daß der Reichstag nicht Ausgaben beschließt, für welche der Etat oder neue Steuerquellen, die die Zustimmung beider Faktoren der Gesetzgebung gefunden haben, keine Deckung geben, so muß auch das Land und der Reichstag verlangen, daß die verbündeten Regierungen keine Ausgaben beschließen, bevor sie zu ihrer Bestimmung notwendigen Mittel durch übereinstimmenden Beschluß beider gesetzgebenden Faktoren sichergestellt sind.

Fraktionshäufen im Reichstagshaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind jetzt die Parteien in folgenden Stärken vertreten: Konservative 151 (4 Substituten, 24 Reichstagsmitglieder), Freikonervative 59 (2 Substituten, 7 Reichstagsmitglieder), Nationalliberale 65 (2 Substituten, 6 Reichstagsmitglieder), Freisinnige Volkspartei 28 (3 Substituten, 7 Reichstagsmitglieder), Freisinnige Vereinigung 8 (1 Substituten, 1 Reichstagsmitglied), Zentrum 104 (1 Substituten, 24 Reichstagsmitglieder), Polen 13 (3 Reichstagsmitglieder), Sozialdemokraten 7, Fraktionslose 4 (von Moeden, Kille, Kloppenborg-Strumagier, Nissen, 1 Reichstagsmitglied). Erledigt sind zur Zeit drei Mandate, von denen je eins den Konservativen, den Freikonservativen und den Nationalliberalen gehört hat.

Die Bürgergemeinschaf.

Die Bürgergemeinschaf in Deutschland durchgeföhrt werden, und zwar infolge einer — man höre und staune — Anregung Preußens. Freilich soll sich die Bürgergemeinschaf nicht auf alles und alle Erzfachen sondern nur auf die Güter u w a g e n der deutschen Staatsbürgen. Die sich mit der Frage in Wiesbaden abgehaltenen Konferenz, die sich mit der Frage befaßte, soll eine Denkschrift der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Es wird die Zeit kommen, in der nicht nur die Güternagen „bergelichteter“ sind, sondern wo die gesamte Produktion in den Händen der Gesellschaft liegen wird.

Bei den Frommen.

Die brandenburgische Provinzialkommission beauftragte eine Einschränkung des Vereinswesens und der Schankkonzessionen; ebenso forderte sie eine weitere Beschränkung der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Schrader machte zwar aufmerksam auf die große Bedeutung des Vereinswesens auf das öffentliche Leben, er hob auch hervor, daß die traurigen Wohnverhältnisse vieler Unbemittelten das Verlegen der Bewohnungen aus dem Hause nach öffentlichen Lokalen bedingte und daß eine weitere Einschränkung der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen nachteilig wirken müßte, aber er drang nicht durch. Schrader forderte auch die Kirche auf, dafür zu sorgen, daß man sich in allen Kreisen gewisser Dinge, die in Gerichtsverhandlungen enthielt worden sind, schäme. Man dürfe auch nicht stille stehen vor den Sünden, die „oben“ begangen werden, sondern auch dort die Dinge bei dem rechten Namen

nennen. — Sprechen wir unter Bedauern darüber aus, daß solche Dinge auch in hohen Regionen vorkommen. Das ist wirksamster Eintrag auf Gesetzesänderung.

Ein Antwort erhielt Schrader darauf nicht. Aber man stimmte allen Bemerkungen zustimmend zu.

Münzger Polizei-gesetz.

Die unteren Organe der Münzger Polizei machen von Zeit zu Zeit in einer Art und Weise so sich reden, die an das Land der Kräfte erinnert. Wie so ein Münzger, so wird von den Münzger herab verachtet, es werde Mühe einzutreten, es bleibt doch gewöhnlich alles beim Alten. Mühe doch der verstorbenen Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Gahner, einst in die Öffentlichkeit flüchten vor den beschämten Antraganten. Gahner rief damals in öffentlicher Versammlung den Stadtverordneten zu: „Meine Herren, schämen Sie sich vor diesen Palakanten!“ — Gahner ist gestorben, die drei Polizisten haben auch das Zeilische geerbt, doch die Zustände sind geblieben!

Jetzt bringen wieder mehrere Polizei-Affären in die Öffentlichkeit, die die Selbstherrlichkeit der Schulleute im schlimmsten Grade zeigen. Ein Buchdruckereibesitzer fuhr nachts ohne Erlaubnis, wurde von einem Schulmann angehalten, löstete dessen Durst mit einem Glas Wein und fuhr weiter. Muthmaßlich dachte der Schulmann, noch mehrere Gläser zu ergattern; er eilte dem Verbrecher nach und machte jetzt über den wichtigen Vorfall ein Protokoll. Zu derartigen Kleinigkeiten gehören auch die Anfertigungen von Anzeigen, die später — wenn die Angelegenheiten vor Gericht kommen — und die Schulleute durch Zeugen in die Enge getrieben werden, von diesen nicht mehr freigegeben werden können.

Am Samstag kam ein Fall vor dem Schöffengericht zur Verhandlung, der die Polizei in ihrem ganzen Größe zeigt. Der Tatbestand ist folgender: Der Hühnerhändler hatte einmal auf der Straße umrirtet und bestahl von dem Schulmann Prinz ein Protokoll bekommen. In der Nacht des 14. Juli ergriff er seinen Freunden Jörgen und Scholz das Vorkommnis und bemerkte dazu, er werde den Schulmann Prinz — wenn er sich etwas Blühndes aufzubringen kommen lasse — um ein festes Erzeugnis bringen. Diese Bemerkung hörte Schulmann Kräber, der den Anmelde verbotste. Scholz ging mit zur Wache, wo Kräber rief: „Prinz, das ist der Herr, der Dich um Deine Erzfachen bringen will!“ Prinz bearbeitete hierauf Anmelde mit dem Gummistift unter dem Aussehen: „Was, Du Stint-Beser, willst mich um meine Erzfachen bringen?“ Nicht viel besser verfuhr er mit dem ganz unbewilligten Scholz. Beide erhielten zum Ueberflus noch Strafbefehle von 6 Mk. wegen Verübung „groben Unflugs“.

Ogleich der Kreisarzt Waller Verletzungen an Kopf und Ohren feststellte, wurde der Strafanzzeige gegen die Schulleute damals keine Folge gegeben. Erst durch den Einspruch gegen den Strafbefehl kam die Sache an Gerichtsstätte zur Verhandlung. Die Aussage des Schulmannes Kräber wirkte auf den Amtsrichter Dr. Klilian unangenehm, daß er dem Zeugen mit Verhöhnung wegen Meineids drohte. Schließlich schloß Kräber schlechtes Erinnerungsbildern vor. Das Urteil, das den Strafbefehl aufhob, besagte, daß Verhöhnung der Schulleute sei auf sich schwerer zu verurteilen; ihre Handlungsweise lasse jedes menschliche Empfinden vermissen, lasse Recht und Gesetz ins Antlitz.

Der „terrorisierte“ Banarbeiter.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Terrorismusgeschichte aus, die auch in Nr. 20 des Hirsch-Dunderischen Gemeindefreund gegen die freien Gewerkschaften ausgeht, nicht wird. Danach habe ein unorganisiertes Banarbeiter aus der Arbeit treten müssen, weil die Organisierten nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten und der Polizei des Bauwages gegen den Terrorismus der Verbändler ohnmächtig gewesen sei. Zu dieser Schauergeschichte hat die Zitauer Morgenzeitung, die sie zuerst brachte, bereits am 8. Oktober eine Richtigstellung des Vertrauensmannes der organisierten Maurer von Zittau veröffentlicht. Diese Zuschrift des Vertrauensmannes lautet:

Der Arbeiter Neumann aus Zittau war mit dem Arbeiter Hofmann aus Obersdorf am Bahnhofs Döbmitz mit Abladen von Materialien beschäftigt; bei dieser Gelegenheit fragte der letztere den Arbeiter Neumann, ob er Mitglied der Organisierten sei. Als Antwort darauf führte Neumann aus: „Zu dieser Verfluchten roten Bande bringt mich niemand, aber gehe ich zu den Gelben.“ Neumann schimpfte in diesem Sinne weiter auf die anderen am Bau beschäftigten Arbeiter ein und sagte hinzu: „Wer mich hier aus der Arbeit bringt, den werde ich zur Anzeige bringen.“ Also der Arbeiter Neumann hat, ohne einen triftigen Grund zu haben, die dort beschäftigten Arbeiter beleidigt. Die bloße Frage, ob er Mitglied der Organisation ist, war keine

Verfälschung, die in diesem Maße aufzuziehen. Wäre der Arbeiter Neumann seinen Arbeitstagen in einer beruflichen Art entgegengekommen, so hätte sich niemand darüber aufgeregt, aber in diesem Falle kann man es den dort beschäftigten Arbeitern nicht verdenken, wenn sie es ablehnen, mit einem Neumann in Gemeinschaft zu halten, der sie und ihre Organisation in der gemeinsamen Weise beschimpft. Unnütz ist, daß der Arbeiter Neumann zum Verlassen der Arbeit aufgefordert hat. Der Arbeiter Neumann hat im Gegenteil selbst die Arbeit niedergelegt.

Diese Richtigstellung ist von dem denationalisierenden Neumann nicht weiter bestritten worden und konnte auch nicht bestritten werden; die Zitauer Morgenzeitung aber sah sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß durch diese Darstellung die Sache freilich ein anderes Gesicht bekomme. Es ist also auch mit dieser Terrorismusgeschichte kein Staat zu machen, obwohl wir gar nicht verschweigen wollen, daß die Arbeiter das Recht haben, mindestens in demselben Maße terroristisch zu sein, wie man sie terroristisch.

Das amtliche Wahlergebnis bei der Reichstagswahl in Breslau-Angermünde lautet: Oberpräsident v. Winterfeldt (kon.) 11065, Polizeier Peter S. Berlin (so.) 3033, Pastor Schmidt-Walrow (lib.) 2704 Stimmen. Es haben demnach alle Parteien gegen 1107 um Stimmen abgenommen; denn damals waren abgesehen worden 12366 konservative, 4237 sozialdemokratische und 3710 liberale Stimmen.

Hinter verschlossenen Türen tagten, wie der Berliner Volkszeitung mitgeteilt wird, seit vorigen Freitag in Kottbus die Vertreter aller deutschen Universitäten und ein Vertreter der Universität Wien, um gemeinsame Fragen zu erörtern, auch solche, die das politische Gebiet streifen.

In der sächsischen Wahlrechtskommission beantragten am Montag die Nationalliberalen nach ganz kurzer Dauer eine Vertagung der Sitzung, weil sie sich den Entwurf der Regierung vorzubringen müßten; die Konservativen widersprachen. Es wurde mit 11 gegen 9 Stimmen beschloffen, die Sitzung abzubrechen. Am Dienstag wurde die zweite Lesung des Vorhabens der Regierung vorgenommen. Der Grundbesitz Paragraph 10, der die Schätzung in 2 Klassen vorsieht, welche mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Nationalliberalen und der Freisinnige.

Arbeiter als Gewerksamer. In Mannheim teilte diesen Dienstag bei Gründung der Schweburger Arbeiter der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Hummel mit, ein als Gewerksamer mit angelernter Arbeiter habe von seinem Amte zurücktreten müssen, weil die Firma, bei der er beschäftigt ist, erklärt habe, sie werde ihn sofort entlassen, wenn das Amt ausübe. — Leider nannte der Vorsitzende die Firma nicht. — Das Kapital steht eben über dem Gesetz; es preßt darauf, wenn ihm etwas gegen den Strich geht.

Abgeheimer Orden. Dem Lehrer Baumgarten in Gars a. D., der seit 1868 im Dienste der Stadt steht und auch an den Feldzügen von 1870 und 1871 teilgenommen hat, sollte aus Anlaß seiner Pensionierung der Abler der Zunft der Hohenpölschen Hausbesitzer verliehen werden. Der Orden wurde von dem Lehrer mit der Begründung abgelehnt, daß er seine Arbeit nicht minder euerie als Lokomotivführer, Gerichtsvollzieher u. w., welchen man den Kronenorden 4. Klasse verleihen!

Seine Schwandung. Bei der deutsche Kaiser habe eine Automobilbremse erstanden. Die Nachricht wird jetzt demontiert. Wir haben sie von vornherein nicht für glaubwürdig gehalten.

Städtisch getastet wurde dem berühmten Gelehrten Professor Jorel, in Leipzig einen Vortrag zu halten. Vor der Zeit er nicht über das von der Freischauermannschaft Leipzig verbotene Thema Vorkenntnis und Aufrechterhaltung sprechen, sondern er wird über Gehirn und Seele einen Vortrag halten. Auch dieses Thema kann staatsgefährlich behandelt werden. Die sächsische Behörde hätte am Ende doch besser getan, den Prof. Jorel als anrüchigen Ausländer einfach abzuweisen.

Einem Leiden erlegen ist der Ministerialdirektor im preussischen Kultusministerium Dr. Althoff. Ihm unterstand das höhere Schulwesen. Als Reaktionskur hat Althoff einen übermächtigen und unheilvollen Einfluß auf die Verminderung des Schulwesens ausgeübt.

Für acht Pfennig drei Wochen strengen Arrest! Der Minister Jorel. Jost vom Inf.-Reg. 53 (Main) soll eines Nachts seinen Zirkel mit dem Taschen nachgelicht und dabei acht Pfennig in seinen Beutel gebracht haben. Der Mann, der fortwährend seine Unschuld beteuerte, erhielt von dem Düsseldorf Kriegsgericht drei Wochen strengen Arrest.

Wittuba, der frühere Bureauverwalter in Togo, wurde gefesselt von der Disziplinarkammer in Berlin zur Dienstentlassung verurteilt und ihm für fünf Jahre nur ein Drittel seiner Pension zuerkannt.

Die beiden Sträflinge.

Kulturrätlicher Roman von Friedrich Gerstäcker.

Walters Wid hatte, während er sprach, lag auf ihm, und wieder schien es fast, als ob jeder Tropfen Blutes seine Wangen verlassen habe. Wendete er den Nebenbuhler um sein Glück? Die Bewegung sprach aber auch für so rasch, wie sie gekommen, und er sagte:

„Darin hat Mr. Mac Donald vollkommen recht, denn ich selber weiß, daß mehrere Souatier des Adelade-Distrikts diese Gegen im Auge haben und mit der Ausführung ihrer Pläne ebenfalls nicht lange zögern werden. Das erste, was man von ihnen persönlich erfährt, ist die Bezeichnung des gefundenen Reichthums mit ein Verbrechen.“

„Aber, das wollen wir jetzt nicht wissen.“ — „Eine recht wunderbare Zukunftsübergeheichte sollen Sie uns erzählen. Sie haben es mir überdies schon lange verprochen, und es anfallen werden. Sie fort und ich um die ganze Geschichte sein.“

„Das sollen Sie nicht.“ — „Ich will, habe ich Ihnen das Verprechen gegeben, so halte ich es auch, und überhaut wird Ihnen allen wohl die letzte Nacht des berühmten Lord London noch unbekannt sein — oder hat Ihnen Mr. Mac Donald das vielleicht schon erzählt? — Sowie ich weiß, war er fützig in Melbourne und kennt sie ebenfalls.“

„Ich kenne sie allerdings.“ — „Eine harte lächelnd Mac Donald, aber lassen Sie sich dadurch nicht abhalten.“ — Den Damen hier ist sie fremd und wird sie ebenfalls interessieren.“

„Nicht?“ — „Sage jetzt Mr. Powell: „Ich denke, sie haben ihn wieder eingefangen.“

„Allerdings, soviel ich weiß — aber vorher war er doch ausgedehnt und war, abgesehen um ein Wort, eines kleinen amerikanischen Schenkers die Kolonien zu verlassen. Das war indes ein Verbrechen, oder möglich auch, daß das Raubzeug an der Küste strandete — doch will ich der Erzählung nicht vorgreifen.“

„Weshalb hat London zur Deportation verurteilt war, weiß ich nicht — die Ursachen werden wir hier in den Kolonien selbst immer zur Gefehvollständigkeit. Sowie mir bekannt, lautet seine Strafe auf Lebenslang, oder doch auf so viele

Jahre, daß es dem ziemlich gleichkommt. Die Gerichte über ihn klangen nur sehr verschieden. Einige wollten ihn zu einem Alnaldo Alnaldino machen, der, als er schon vor einiger Zeit einmal den Wald angenommen, großen Schmutz gemacht und die wilde Bande, die ihn zu ihrem Hauptmann ernannt, gewollig im Raum gehalten habe; andere schrieben ihm wieder alle möglichen Verbrechen und Verbrechen zu — man wurde nicht recht klug daraus, und er wird selber am besten wissen, was an der Sache wahr ist. Was mich betrifft, so glaube ich, daß er, wenn auch zu den Schlawen, doch nicht gerade zu den Schlammten gehörte. Jedemfalls hat er seine Strafe durch irgendein schweres Verbrechen verdient; er wäre sonst nicht dort in dem Gefängnis, sondern dort, wo die Strafen nicht mehr bei sich auf eine alle unbedenklich fürchte und jede Weise wieder hinein zwischen seine Reine nach Melbourne waage, legte man ihm das Letztmal in Eisen und sandte ihn nach Bandiemiensland zurück.“

„Dort in Gels und Genu, der schlimmsten Sträflingssträf, arbeitete er mit seinen übrigen Genossen und Leidensgefährten in irgendein Ketten an den Werten von Caple Paul Red einer schmalen Kalkstein, von wo aus die Strafen bis dahin für unmöglich gehalten wurde. Die schmale, nur wenig hundert Schritte breite Landung, die jenen Platz mit dem übrigen Lande verbindet, ist nämlich nicht allein durch bewaffnetes Militär, sondern auch noch durch eine Kette riefiger Doggen bewacht, durch die hier ein Nüchling nicht unterzurren kommen konnte, während die See gerade dort von Booten bewacht, und alle Weisen, die bis jetzt den schmalen Seem durchschwimmen wollten, rettungslos von diesen Schänen der Tiefe gefasht und zugrunde gezogen wurden. — An einer stürmischen Nacht nun, während ein Orkan die See zu Schaum peitschte, und die Wächter möglicherweise auch veranlaßt, in ihrer Aufmerksamkeit etwas matter zu werden, verließ das London seine Kette und machte sich auf den Weg nach dem Lande, als er mit großer Heftigkeit gerade von dort aus dem schmalen Landung angefallen. Sünden auf ihn zuneigte, die ihn also nicht vorher witzten konnten. Seiner Eifer wachte er sich entledigen, und er kam glücklich zu dem Spizen, mit Wüthen bewachsenen Hügel, der nach den Sünden zu in schroffer Höhe aufragte. Der Ort aber lebende Wachen, der sich ebenfallt in sein Schutzhäuser zurückgezogen hatte, bemerkte nicht, daß

die Laternen aber, die an eingerammten Wänden um die Sundebütten her hell brannten, müßten ihm jedenfalls, sobald er sich auf die vollkommen beleuchtete schwarze Wand wachte, dem unten am Hause stehenden Wächter verraten. Das aber hielt ihn nicht ab; die Doggen lagen in ihren Käfigen, welche ihnen als Hütern dienten, nur eine an der linken Seite war munter und sah kurrnd im Regen draußen.

„Indessen scheint es, daß er von seinen Wächtern daselbst schon bemerkt war, denn von diesen hatten sich einige ausgerückt, um die Wachen zu alarmieren. Wäglich, daß er ihre Stimmen hörte, oder die Verfolgung fürchtete, denn noch ehe sich der letzte Hund in sein Loch zurückgezogen, stieß er von der schwarzen Wand nieder, und ergab gerade auf das nächste Loch an, in dem einer der grimmen Wächter auf der Lauer lag. Das war infolgedessen richtig, als er es hier im schlimmsten Falle sicher nur mit einem Hunde zu tun hatte. Der unten liegende Wächter schloß aber nicht, wie der Nüchling vielleicht gehofft, sondern ließ ihn schon von dem Felsen niederfallen. Glücklicherweise für ihn machte er aber nicht gleich Alarm, sondern stieg erst sorgfältig auf den Fiederletern, und brückte dann ab — aber sein Gewehr verlagte. Erst erst schrie er laut die Hunde an; in diesem Augenblicke war der Sträfling aber auch schon an dem ihm nächsten Fasse, an dem er vorüberprana, als die Dogge herein seine Schritte hörte und mit müherdem Gebell heranzufuhr. — Die andere, die noch draußen gefesselt, schloß ebenfalls an. Der Nüchling wäre auch verloren gewesen, hätte sich nicht das ihm nächste Tier im Straußfahnen an dem Fasse, an dem es angehängt lag, mit der Kette verwickelt. Die andere Schilddrüse, dadurch aufmerklich gemacht, schloß jetzt ihr Gewehr auf ihn ab, schloß aber, um wenige Sekunden später war er, der Nüchling, und Abbel verhängen.“

„Allerdings, soviel ich weiß — aber vorher war er doch ausgedehnt und war, abgesehen um ein Wort, eines kleinen amerikanischen Schenkers die Kolonien zu verlassen. Das war indes ein Verbrechen, oder möglich auch, daß das Raubzeug an der Küste strandete — doch will ich der Erzählung nicht vorgreifen.“

(Fortsetzung folgt.)

Zur Lage auf dem Balkan.

Konstantinopel, 21. Oktober. Die türkische Regierung ist entschlossen, die Annexion von Bosnien und der Herzegovina durch Oesterreich anzuerkennen und den Bezirk Nisibag als türkisches Gebiet zurückzunehmen. Ueber Spezialfragen sollen Verhandlungen geführt werden.

Sofia, 20. Oktober. Die österreichische Regierung verlangt von der serbischen Regierung Entschädigungen für die österreichischen Staatsbürger, die durch die Vorgänge am Sonntag in ihren Interessen geschädigt wurden.

Sofia, 20. Oktober. Ein Einberufen über alle Streitfragen zwischen Bulgarien und der Türkei ist nunmehr seitens der Delegierten des jugtürkischen Komitees mit den Delegierten der Stupistina erzielt worden. Es heißt darin u. a. daß keinerlei Anlaß zu einem türkisch-bulgarischen Kriege vorliege und daß es für beide Regierungen wünschenswert sei, Delegierte zu beauftragen, um die friedliche Lösung der bestehenden Meinungsunterschiede herbeizuführen. Das Protokoll wurde der bulgarischen Regierung zugestellt und wird gleichzeitig in Konstantinopel, Sofia und Saloniki veröffentlicht werden.

Ausland.

Oesterreich. In Karlsbad ist es als Antwort auf die deutsch-feindlichen Demonstrationen in Prag zu schiefenfeindlichen Auftritten gekommen. Dienstag nachmittag wurden im schiefenfeindlichen Klub die Fensterhebeln eingeworfen, der Gartenzaun zerbrochen und in der Wohnung des schiefenfeindlichen Obmanns viele Gegenstände zertrümmert. Dann zog die Menge lärmend durch die Straßen und schlug schiefenfeindliche Herunter. Beim Gange kamen mit Genarmen und Wachleuten Lamen auf beiden Seiten Verletzungen vor.

Ungarn. Sechs deutsche Konsuln in Sidrußland waren in Odesa zum Tode verurteilt worden, weil sie einen Polizeibeamten leicht verletzt hatten. General Skaubars hat sie jetzt infolge Vermittlung „hochgestellter Personen“ zu je einem Jahre Gefängnis begnadigt.

Amerika. Die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten findet in zwei Wochen statt; doch ist diesmal nicht soviel äußerer Lärm zu merken wie früher. Dem republikanischen Kandidaten S. Taft, dem Schöpfer Roosevelt's, und dem demokratischen Kandidaten J. Bryan, steht der sozialistische Kandidat Eugen Debs gegenüber. Es sind keine Ausdifferenzierungen vorhanden, daß er gewählt wird; immerhin gibt ihm die Kandidatur Anlaß, wirksame Agitationskuren im größten Umfange zu unternehmen. Im September hat er das ganze große Staatsgebiet durchstreift, mehr als 15000 Kilometer dabei zurückgelegt, und 187 Reden und längere Anreden dabei gehalten. Zur Zeit agitiert er in den Schifften. In Newyork sprach er in zwei großen Versammlungen vor 10000 Personen, ein so ungeheurer Erfolg, daß die bürgerlichen Blätter erschrocken sind. Die sozialistische Newyorker Times teilt mit, die Begeisterung der Sozialisten sei unbegreiflich wert, selbst Frauen gäben gern ihren Schmuck hin, um die Wahl von Debs zu unterstützen. Die W. A. R. schreibt in einem Artikel: „7000 Männer und Frauen zählten Eintrittsgeld, um der sozialistischen Massenversammlung im Hippodrom beizuwohnen. Tausende andere hätten ebenfalls gerne dabei, wenn Platz für sie vorhanden gewesen wäre, um in das Lokal zu kommen. Ueber eine solche politische Demonstration wie diese, darf man nicht leicht hinwegsehen. Wie viele Männer und Frauen würden einen Quartier (eine Nacht) oder 50 Cent zahlen, um William S. Taft, den republikanischen Präsidentschaftskandidaten, im Hippodrom über politische Dinge reden zu hören? Wie viele Männer und Frauen würden ein solches Eintrittsgeld zahlen, um William S. Bryan, den demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu hören, und obendrein für die Sache mit Enthusiasmus Geld und Schmutz opfern? Selbst wenn Theodore Roosevelt auf die Agitation gehen sollte, wie viele Leute würden Geld entrichten, um ihn zu hören, statt am nächsten Tage seine Rede in einer Zeitung zu lesen, die sie für einen oder zwei Cent kaufen können! Der Enthusiasmus dieser großartigen sozialistischen Versammlung galt nicht dem Kandidaten sondern der Sache.“

Wenig äußern sich die offiziösen Tribune und andere Newyorker Blätter, und sie halten es angebracht, dieser Begeisterung und der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht für ausgeschlossen, daß die sozialistische Partei ihre Stimmenzahl, die bei

der letzten Präsidentschaftswahl 402288 betrug, auf eine Million erhöht. Die Partei wird in den wenigen Wochen, die ihr zur Agitation noch verbleiben, nichts unversucht lassen, um die von den Gegnern befürchtete Millionenziffer an Wählerstimmen zu erreichen.

Zur Revolution in Rußland.

Singerei. In Warschau wurde Joseph Wierci, genannt Mennitt, in der Warschauer Zitadelle hingerichtet. Der Ermordete war Mitglied des Kampfausschusses der polnischen Sozialistpartei. Helbenstein, osermütig, großherzig war er eine der edelsten und reinsten Gestalten in der polnischen revolutionären Bewegung. Vor drei Jahren war er zum erstenmal mit dem Stränge bedroht; er war nämlich nach blutigem Widerstand und einem mißlungenen Selbstmordversuche in die Hände der Schergen geraten. Durch eine geheimnisvolle Flucht geteilt, stand er gleich wieder in den Reihen der Kämpfer.

Nach langen Monaten eines verzweifelten Kampfes wurde er im September des vorigen Jahres dem Feinde durch Verat gelievert. Er wurde als der schädliche Verhaftete vom Jahre 1903 erlassen, zum Tode verurteilt, zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt. Nach einmal wurde er vor das Verhör gegen „Montwill“ war aber damals noch nicht zu Ende. Man wünschte seinen Tod. Man sagte ihn an, er habe am bewaffneten Ueberfall auf einen Militärzug bei Lapy teilgenommen. Sein Alibi war von drei Zeugen festgelegt worden; der einzige Zeuge, welcher ihn belastete, erkrankte gar nicht vor dem Kriegsgericht. Das Urteil wurde von zwei Offizieren des polnischen Regiments unterschrieben, die sich für die schändliche Flucht ihrer Waffenbrüder bei Lapy rächen wollten. Sogleich wurde das Urteil von Stefan unterzeichnet. In weniger als 24 Stunden war „Montwill“ nicht mehr unter den Lebenden. Die Helfer mußten selbst den Namen des Ermordeten nicht. Man verurteilte ihn als einen Unbekannten, „Montwill“ genannt. Ehre dem Helden der Freiheit!

Eine Geheimdruckerei entdeckt. Die revolutionäre Fraktion der polnischen sozialdemokratischen Partei hat in Warschau einen schweren Verlust erlitten. Am 29. September wurde die zentrale Parteipresse, die Druckerei des Arbeiters, von der Polizei zufällig entdeckt. Während mehr als zwei Jahren hatte sie fungiert; 33 Nummern des Arbeiters, eine Anzahl Broschüren, Flugblätter, Proklamationen waren hier gedruckt worden. In einer der beliebtesten und vornehmsten Gassen der polnischen Hauptstadt, vor den Augen der russischen Polizei wurde die revolutionäre und am meisten verfolgte Partei eine ganze Siterie der Injurierung. Die Druckerei war mit einem angeblichen Handelsunternehmen vereinigt; die Griffen einer großen Maschine mit elektrischem Motor, die ganze Tätigkeit der Druckerei mußte man den Augen der Polizisten, der Geheimschutzkontrolle usw. zu entziehen oder mit allerlei Vorwänden zu verschüllen. Die Warschauer Geheimdruckerei hat sich am die Revolution wohlverdient gemacht!

Im Jahre 1900 war die Druckerei des Arbeiters zum erstenmal in die Hände der Polizei gefallen, als die einzige sozialistische Presse in Rußland-Polen. Die Genarmen rühmten sich, der Arbeiter werde nicht mehr erscheinen; der gefangene Redakteur des Blattes, Genosse W. S. K., gab ihnen die Antwort. „In einigen Wochen werden Sie die nächste Nummer wieder erscheinen!“ Und er irrte sich nicht: Jetzt sieht die Sache viel besser aus. Die verlorene Druckerei war nicht vereinsamt. Es gibt andere, kleinere, geheime Anstalten, und alle Parteigruppen werden weiter erscheinen können. Es wurde schon ein Flugblatt des Zentralkomitees erlassen mit der Nachricht über den erlittenen Verlust und mit der Kundmachung, die nächste, 233. Nummer des Arbeiters werde sich bald in den Händen der Leser finden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Verleumdung in zwei Fällen ist am 28. April vom Landgericht Duisburg der Redakteur der Arbeiterzeitung Arbeiterzeitung, Genosse Wilhelm Thielhorn, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte am 5. September d. J. unter der Ueberschrift „Schuß vor Schupfenten“

folgenden Vorfall veröffentlicht: Am Morgen des 4. September hatten sich auf dem Bahnhof Hamborn 100 Bergleute, Männer, Weiber und Kinder, versammelt, die von dem Agenten Schütz für Ochsersleben angeworben worden waren. Ein Extrazug sollte 10 Uhr dorthin abgehen, war aber nicht besetzt worden. So blieben denn die Leute mit Sad und Bad auf dem Bahnhofe. Der Bürgermeister suchte sie zu bewegen, für 5.80 Mfr. selbst nach Ochsersleben zu fahren. Das wurde aber mit Lärm ausgenommen, und es kam schließlich zum Einschreiten der Polizei, die von ihrem Eitel Gebrauch machte. Die genannte Zeitung hatte den Vorfall etwas anders dargestellt und schwere Vorwürfe gegen Bürgermeister und Schupfenten erhoben. Auf eine Verichtigung durch den Bürgermeister folgte am 14. September ein zweiter Artikel, in dem das Gerücht ebenfalls eine Verleumdung erklärt hat. Der Gefängnisbeschäftigte sah in beiden Artikeln eine fortgesetzte Schandung, das Gerücht nahm aber zwei Einzelfälle an. Es machte den Angeklagten auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes erst aufmerksam, als schon ein Teil der Gründe, nicht aber der Kern des Urteils verändert worden war. Die Revision des Angeklagten begehrt dies als eine Verleumdung. — Das Reichsgericht erkannte dies aber nicht an und verwurft gestern die Revision als unbegründet.

Genosse A. Weismann in Karlsruhe stand gestern als Redakteur des Volkstribunes vor den Geschworenen wegen Verleumdung. Die Geschworenen berurteilten alle die Schuldfrage, so daß das Gericht auf Freisprechung erkennen mußte. Weismann sollte die „Staatsgewalt“ in der Person eines Feldwebels beleidigt haben.

Die jüngst vorgenommene Beschlagnahme der Schrift Die Wiener Revolution von 1848 von Bach in der Frankfurter Parteibuchhandlung hat den Genossen Thiem e nunmehr eine Anklage wegen Vergehens gegen den § 112 R. St. G. B. (Aufreizung von Mitgliefern des Soldatenstandes) eingebracht.

Von der Anklage der Verleumdung durch die Presse war am 15. April vom Landgericht III in Berlin der Schriftsteller Genosse Dr. phil. Heinrich Braun freigesprochen worden. Er hatte in seiner Neuen Gesellschaft einen Artikel veröffentlicht, der ihm eine Verurteilung wegen Verleumdung, Verunglimpfung eintrug. Diejenige Artikel druckte die Frankfurter Volksstimme ab und der Landgerichtspräsident in Weiden stellte Strafentwurf gegen alle Beteiligten. Als solchen sah der Staatsanwalt auch den Verfasser des Artikels, Dr. Braun, an. Das Landgericht III in Berlin erkannte aber, wie erwähnt, auf Freisprechung, da Dr. Braun nicht als Mithäter, der in Frankfurt a. M. erfolgten Veröffentlichung angesehen werden könne. — Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, welche gestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam. Der Reichsanwalt erklärte sie für unbegründet. Die Veröffentlichung in der Frankf. Volksstimme sei eine neue Verleumdung gewesen, mit der Dr. Braun nichts zu tun hatte. — Das Reichsgericht schloß sich dieser Anschauung an und verwurft die Revision des Staatsanwalts.

Gewerkchaftliches.

Vorzellanarbeiter. In Martinroda (Sachsen-Weimar) sind bei der Firma Geer u. Co. Differenzen ausgebrochen. Die Firma will die Zeit der Krise zu Lohnreduktionen benutzen und verlangt die Annahme eines bedeutend schlechteren Tarifs von der Arbeiterchaft. Einige Dreher wurden darauf entlassen. Zuzug ist streng territorial.

Quittung.

Halle. Für Parteigelder: 6. Distrikt Stabtour 70,85. Landtour 94,50 Mark. Reitwand.

Verantwortlich für den politischen Teil Ad. Thiele, für Feuilleton, Reich und Provinz E. Däumig, für Gerichtliches und Verichte O. Bröcklich, sämtlich in Halle.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke **Kufeke** Nahrung für: Kinder-ernährung sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Grosse Spezial-Abteilung für

Trikotagen, Strumpfwaren u. Wollwaren etc.

Herren-Normal-Hemden	1,25, 1,15, 1,00 M.	85 Pf.
Herren-Normal-Hemden, „Prima“	3,75 bis	1,35 M.
Herren-Normal-Jacken	95, 85, 75,	58 Pf.
Herren-Normal-Jacken, „Prima“	3,00 bis	1,25 M.
Herren-Normal-Beinkleider	1,30, 1,15 M.,	95 Pf.
Herren-Normal-Beinkleid., „Prima“	3,00 b.	1,50 M.
Damen-Normal-Jacken	75, 65 bis	55 Pf.
Damen-Normal-Jacken, „Prima“	2,50 bis	1,00 M.
Damen-Normal-Beinkleider	2,35, 1,95, 1,75,	1,65 M.
Knaben-Normal-Hemden	1,85, 1,50,	1,15 M.
Knaben-Normal-Beinkleider	2,00 M. bis	85 Pf.
Kinder-Normal-Anzüge	1,55, 1,25 M.,	95 Pf.
Kinder-Anzüge, gewirkt	85, 70, 58,	50 Pf.
Kinder-Anzüge, gestrickt	65, 50, 38,	35 Pf.
Kinder-Anzüge mit angewebt. Futter	1,25 M.,	90, 68 Pf.
Kinder-Springhöschen	1,20 M.,	88, 65 bis 35 Pf.
Kinder-Springhöschen „Normal“	1,95 M.,	bis 55 Pf.

Damen-Strümpfe, deutsch lang	Paar	30 Pf.
Damen-Strümpfe, schwarz, Wolle platt.	Paar	45 Pf.
Damen-Strümpfe, geringelt	Paar	45 Pf.
Damen-Strümpfe, engl. lang, schwarz	Paar	75 Pf.
Damen-Strümpfe, „Prima“, reine Wolle	1,60 b.	1,00 Pf.
Herren-Socken, farbig, plattiert	Paar	25 Pf.
Herren-Socken, plattiert	Paar	75 und 45 Pf.
Herren-Socken, reine Wolle	Paar	55 Pf.
Herren-Socken, geringelt	Paar	48 Pf.
Herren-Socken, „Prima“, reine Wolle, P.	1,25 M. bis	75 Pf.
Herren-Jagdwesten	2,00, 1,75, 1,50,	1,35 M.
Herren-Jagdwesten, „Prima“	6,00 M. bis	2,30 M.
Knaben-Jagdwesten	2,25, 1,75, 1,25 M. bis	95 Pf.
Herren-Sweaters	2,25, 1,90, 1,75 bis	1,50 M.
Herren-Sweaters, „Prima“	4,00 bis	2,50 M.
Knaben-Sweaters	2,50, 1,75 M. bis	55 Pf.
Arbeiter-Jacken	2,75, 2,25 M. bis	85 Pf.

Damen-Kopfschawls	1,25, 1,00 M.,	75, 60, 45 Pf.
Damen-Kopfschawls, „Prima“	3,50 bis	1,35 M.
Damen-Kopftücher	90, 75, 60, 45,	35 Pf.
Damen-Kopf-Füchsen, Seide	6,50, 4,60	3,26 bis 1,75 M.
Schulterkragen	2,75, 2,25,	1,70 M.
Damen-Zuaven-Jacken	1,85, 1,35,	90 Pf.
Damen-Zuaven-Jacken, „Prima“	6,00 bis	1,75 M.
Damen-Plaids, „Lama“	2,50, 1,75, 1,25,	1,15 M.
Damen-Plaids, „Prima“	6,00 bis	2,75 M.
Damen-Plaids, „Angora“	8,00 bis	4,00 M.
Damen-Kapotten für Theater „Seide“	4,50 bis	2,50 M.
Damen-Kapotten, „Plüsch“	3,00 bis	1,50 M.
Damen-Kapotten, „Seide“, schwarz	3,00 bis	1,50 M.
Mädchen-Tuch-Hauben	90, 70,	50 Pf.
Mädchen-Tuch-Hauben, eleg. Ausf.	2,50 M. bis	75 Pf.
Mädchen-Eisbär-Hauben, eleg. Ausf.	4,00 bis	1,50 M.
Mädchen-Plüsch-Hauben, eleg. Ausf.	2,50 bis	1,25 M.

Jedes Angebot ohne Konkurrenz.

Geschäftshaus **L. Lewin**

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

Ich teile ergebenst mit, dass ich das von meinem verstorbenen Manne geführte

Tapeten-Spezial-Geschäft unter der Firma

Hermann Bischoff,

Grosse Klausstrasse 4,

übernommen habe und in unveränderter Weise weiterführen werde.

Indem ich noch für das meinem Manne entgegengebrachte Vertrauen bestens danke, bitte ich, mir dasselbe ebenfalls zu teil werden zu lassen.

Bertha Bischoff

in Firma Hermann Bischoff.

Telefon 2120.

Teuditz bei Dürrenberg.

Sonntag den 25. Oktober 1908 nachmittags 3 1/2 Uhr im Simon'schen Gasthause

Oeffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Parteifreiers Genossen Karl Nyssel-Leipzig über: **Himmel und Hölle.**

Freie Diskussion. Arbeiter, Handwerker, Bauern, Lehrer und Geistliche sind hierdurch höflich eingeladen. Da dieser Vortrag die Frauen besonders interessieren wird, sind auch diese willkommen. **Die Distriktleitung.**

Sozialdemokr. Verein, Theissen.

Sonabend, den 24. Oktober, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag der Frau Albrocht-Salle über: **„Frauen-Krankheiten, deren Verhütung und Heilung.“** Besonders die weiblichen Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen erudt. **Der Vorstand.**

Achtung! Zeitz Gastwirtsgehilfen, Zeitz

Donnerstag den 22. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn R. Wagner, Voigtstr.,

Oeffentliche Versammlung

für alle Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Tagesordnung: 1. Die Lage der Angestellten im Gaste- und Caféausgewerbe. Referent: Koll. Högwald aus Berlin. 2. Freie Aussprache. **Kollegen! Im Rückblick auf die überaus wichtige Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, an dieser Versammlung teilzunehmen und für recht guten Besuch zu agitieren. Der Einberufer.**

Möbelfabrik und Magazin Bernh. Grunwald

Mathausstr. 2 u. Wirtelstr. 5a

empfeilt sein großes Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu billigen Preisen. Langjährige Garantie. Beschichtung jederzeit gern gestattet. Transport durch eigenes Gefährt frei Haus. Fernsprech-Anschluss Nr. 759.

Irrigateure

komplett von 80 Pf. an u. Sid.

Bett-Unterlagen

für Kinder von 15 Pf. an

Klystierspritzen, Eisbeutel, Krankenkissen, Mullbinden, Verbandwatte.

Hugo Nehab

Nachtl.,

27 Gr. Ulrichstr. 27, 66 Obere Zeisigerstr. 66.

Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.



empfeilt Christian Glaser, Große Klausstrasse 24.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin der Vereinigt. Tischlermeister, Kleine Steinstraße 6, empfehlen ihre Fabrikate zu feinen und soliden Preisen.

Eleg. Kleidersekretüre nur 2 1/2, Berlin 35, 4, Schreibr. 34, 4. Ausstattungen gr. Auswahl. Karl Bieler, Albrechtstr. 39, kein Laden. Papier- u. Pappenabfälle taufen jeden Behälter. Al. Brandstr. 20. Morg. Donnerstags Schlachtfest. Albert Dehler, Zeitz, Barf. Str.



Winter-Jackett

auf Clothfutter mit Tuch- und Blendenverzierung Mk. 18.—, 12.—, 8.—

Dasselbe ohne Futter

Mk. 6.50, **4 50**



Winter-Paletot

farbig mit Tressenverschnürung und Sammet-Kragen in grün, grau und marengo

Mk. 18.—, 12.—, 9.—, **4 75**

5% Rabatt auf alle Waren.

M. Schneider

94 Leipzigerstrasse 94.

Achtung! Turnhalle Rosspplatz. Achtung!

Empfehle zum

Jahrmarkt Speisen und Getränke. Treffpunkt der Marktbewucher. Die Turnhalle ist geholt. Es ladet freundlich ein. **Fr. Emmer, Gekwirt.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschl. Zahlstelle Weissenfels.

Sonabend den 24. Oktober abends 8 Uhr im grossen Saal des Volkshauses

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal 1908. 2. Die Verheimelung des Zentralverbandes der Schuhmacher mit der Organisation der Lederarbeiter. (Wahlbestimmung). 3. Statuten-Veränderung der neuorganisierenden Gewerkschaft. 4. Verfassungsgesetz. An Unbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, für starken Besuch der Versammlung zu agitieren. Tag der Urabstimmung und Lokale werden in der Versammlung bekannt gegeben. Die Vertrauens-Personen haben die Stimmzettel im Kontor zu entnehmen. **Die Ortsverwaltung.**

Theater in Zeitz (Preuss. Hof)

Gastspiele des Herzogl. Hoftheaters, Altenburg. Donnerstag den 22. Oktober 1908. 3. Vorstellung. Tugendenarten gültig

Das Käthchen von Heilbronn.

Dramatisches Märchen in 5 Akten von Heinrich von Kleist. Ende gegen 11 Uhr.

Central-Halle, Zeitz.

(Inhaber: Weitz). Abends 8 1/2 Uhr: Gastspiel der englisch. Komödien-Gesellschaft. **„Das Teufelsweib.“** Englisches Volksdrama in sechs Akten von Walter Heppel. Einlass 7 1/2 Uhr. **Alle Parteischriften** empfiehlt Die Volksbuchhandl.

Unbedingt

steht es fest, dass Sie bei mir am vorteilhaftesten und kulantesten

Auf Kredit

kaufen! Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, sich von meiner Leistungsfähigkeit zu überzeugen!

N. Fuchs

ist in Bezug auf Kredit-Bewilligung unerreicht. — Sie erhalten: 1 Zimmer von Mk. 6 Anzahlung an 2 " " " 13 " " 3 " " " 20 " " u. s. w.

Bessere Zimmer-Einrichtungen

in jeder Preislage. Bettstellen, Matratzen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Sofas, Diwans etc. ● von 3 Mark Anzahlung an ● Ferner:

Anzüge, Anz. v. Mk. 2 an, wöchentl. Mk. 1 Ueberzieher, " " 7 " " 1 Damen-Jackets, " " 4 " " 1 u. s. w.

Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, sowie sämtliche Manufakturwaren. Pelz-Colliers u. Stolas v. 3 Mk. Anz. an. Alles in dem beliebigen und modernen

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft

N. Fuchs

Gr. Ulrichstr. 58, I. u. II. Etage.

Sprichwörtliche Kulanz!

Kredit auch nach auswärts!

Walhalla-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: die Reform-Tanzkünstlerin Villany, Fred Edlaw, Verwandlungs-Schauspieler, sowie das übrige erstklassige Spezial-Programm.

Stadt-Theater

in Halle a. S. Direction: Hofrat W. Richards. Donnerstag den 22. Oktober: 40. Ab.-Vorst. Umtausch gültig. 4. Viertel.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Otto Nicolai. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.

Freitag den 23. Oktober: 41. Ab.-Vorst. Umtausch gültig. 1. Viertel.

Carmen.

Oper in 4 Akten v. Georges Bizet. Nächste Aufführung von Leipzig Montag den 26. Oktober.

Mus. Mus.

Für Wieder-Verkäufer blüht Kunze's Mus, seit länger anerkannt vorzüglich im Geschäft, in Emaille-Einern zu 10 G bzw. 25 G netto. Halle a. S. Kunze & Gessner, Volkmannstr. 2. Mus-Kocherei. Fernruf 1682.

Jeden Donnerstag Schachreife. F. Haul, 5. Vereinsstr. 13. Tel. 1686.

Leder-Pantoffeln Filz-Pantoffeln Holz-Pantoffeln Holz-Schuhe Brauer-Schuhe Filz-Schuhe Pantoffelhölzer.

Für Wiederverkäufer durch eigne Gespanne — frei Haus. — En gros. En detail.

Fr. Fricke,

Halle a. S., Mansfelderstrasse 47. Leistungsfähigste Fabrikation am Platze.

Schuhwarenhändler

empfehle mein großes Lager in Filzschuhen u. Pantoffeln zu billigen En-gros-Preisen.

H. Elkan

Kanthenau Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Makulatur verkauft Genossenstr.-Druckerei

Bestag und für die Industrie verantwortlich: August Grotz. — Druck der Volkischen Genossenschafts-Druckerei (G. W. M. S.) Halle a. S.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensaal.

1. Sitzung, Dienstag, den 20. Oktober, nachmittags 2 Uhr.
Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, v. Rolffe, Dr. v. Brück.

Abg. v. Röcher eröffnet als Präsident den vorigen Landtags die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser. (Steueraufbetreten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Saal.)

Nach Mitteilung einiger eingegangener Vorlagen erteilt der Vorsitzende dem Finanzminister das Wort.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: In Erfüllung der am 11. März abgegebenen Zusage haben auf Grund allerhöchster Ermächtigung vom 15. d. Mts. der Herr Kultusminister und ich die Ehre, dem Hause folgende Vorlage zu unterbreiten: Erlaß: Eine Befoldungsordnung für die unmittelbaren Staatsbeamten. Damit steht im engen Zusammenhange die zweite Vorlage wegen anderweitiger Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse. Die letztere Vorlage kann erst vorgelegt werden, wenn die Beratungen des Bundesrats über die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für die Reichsbeamten beendet sein werden. Ein drittes Gesetz betrifft das Dienstentkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, ein viertes die Regelung der Pfarreverbodungen, das Fünfte, welches die Sinterziehenden betrifft, für die öffentliche Landeskirche. Das sechste Gesetz betrifft die Regelung des Dienstentkommens der katholischen Pfarren. Ein siebtes Gesetz betrifft die Vorlage wegen Veränderung der Einkommens- und Ergänzungssteuer. Ein siebentes endlich betrifft einen Entwurf eines Gesellschaftssteuergesetzes (Bewegung).

Die gemeinsamen Bestimmungen auf diese Gesetze sind in einem sogenannten Mantelgesetz gegeben, wodurch zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die ganzen Vorlagen ein einheitliches Ganzes bilden, daß sie zu den gleichen Terminen in Kraft treten sollen und ihre finanzielle Dedung in der gleichen Weise geschehen solle. In dem Mantelgesetz ist auch vorgesehen, daß die Befoldungsordnung in einzelnen Punkten durch den Etat abgeändert werden kann. Für die Staatsbeamten in den Jahren 1906-07 27 1/2 Millionen Mark an Gehaltsverbodungen aufgewandt worden. Die jetzige Befoldungsordnung sieht einen weiteren Staatsaufwand von 60 1/2 Millionen vor. Die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses wird etwa 23 Millionen Mark beanspruchen. Die dauernde Mehrbelastung zugunsten der Beamtenbediensteten beträgt also 87 Millionen Mark. Dem Gesetze ist eine ausführliche Denkschrift beigegeben. Das bisherige Mittelgehalt von 800 Mark vermindert überaupt aus dem Etat, es beträgt in Zukunft 1000 Mark. (Bravos) Die unteren Beamten werden alle aufgebahrt, die mittleren Beamten auch fast durchweg. Unser Streben war es vor allem, eine größere Einheitlichkeit in den Gehältern herbeizuführen. Es ist gelungen, die bis dahin sehr ungleichen Gehälter in 11 Klassen zu ermäßigen. Ich erfülle nur eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn ich erkläre, daß dies Bestreben nur möglich war durch die nie rastende unermüdete Mitarbeit der Herren Unterstaatssekretär Dombos und Geh. Finanzrat Wille. (Bravos) — Der Minister geht nunmehr auf die Einzelheiten der Beamtenbediensteten ein. Sie sind in drei Klassen unterteilt. Die Beamten dieses Grades entsprechend werden die Gehälter der Gendarmen, die bisher 1200—1600 Mark betragen, auf 1400 bis 2100 Mark erhöht. (Beifalles Bravos) Die Gerichtsbeamten sind im Höchstgehalt mit den Regierungssekretären gleichgestellt und das Höchstgehalt der Oberlehrer ist dem der Richter gleichgestellt und von 6000 auf 7200 Mark erhöht worden. Einements lebend ist ein neues Gehaltsverhältnis herbeizuführen, die Regierung entschlossen, dem Wünsche des Hauses entsprechend ganze Arbeit zu machen und alle höheren Hofbeamten mit voller akademischer Bildung im Höchstgehalt gleichzustellen, also a. B. die Kreisfinanzinspektoren, die Bauinspektoren, die Gewerbeinspektoren usw. (Bravos)

Was dann das Gesetz über die Dienstbesoldung der Lehrer und Lehrerinnen anlangt, was ich hinsichtlich der grundsätzlichen Einheitsgehaltsfrage zu skizzieren. Die Staatsregierung glaubte an dem Grundgeden des Art. 136 der Verfassung festhalten zu müssen, wonach die Schule eine Veranstaltung des Staates ist, oder die einzelnen Gemeinden die Trägerinnen der Schulunterhaltung sind. Die Gehälter der Lehrer müssen daher den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. (Unruhe) Aber die Staatsregierung erachtet es als ihren Pflicht, die Gehaltssetzung auf dem Lande und in den Städten sich ungefähr auszugleichen, a. B. sind die Kosten der Kindererziehung auf dem Lande vielfach höher. (Sehr richtig) Daher schlägt die Regierung vor, in allen Gemeinden ein gleiches Grundgehalt von 1350 Mark für Lehrer und eine gleiche Ortszulage von 200 Mark zu gewähren. Während nach dem Gesetz von 1886 das Grundgehalt der Lehrer von 800 Mark betragen soll, es nunmehr 1350—13150 Mark betragen. (Bravos) Das ist zweifellos ein wesentlicher Fortschritt. Das Mittelgehalt der Lehrerinnen soll von 700—1420 auf 1060—2400 Mark erhöht werden. Nur für die Großstädte soll eine Ausnahme gemacht und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, über das Grundgehalt von 1350 Mark hinauszufragen. (Sehr richtig) Es ist zu erwarten, daß die Gehälter mit über 200000 Seelen eine pensionsfähige Ortszulage von 200, 400 und 750 Mark, je nach der Größe des Ortes, gewährt werden. Kleineren Gemeinden soll dadurch entgegengewonnen werden, daß sie einen Anspruch auf einen erhöhten finanziellen Zuschuß erhalten. — Die Gehälter der evangelischen Geistlichen sind von bisher 1800—4800 auf 2400—6000 Mark erhöht worden in hohem Einmütigen mit dem Einverständnis der Kammern. Der Kostenaufwand für diese Erhöhung beträgt 10 490 000 Mark. Auch die Gehälter der katholischen Geistlichen sind erhöht worden von bisher 1600 bis 3200 auf 1800 bis 4000 Mark. Hier ist aber im Gegensatz zu der Regelung bei den evangelischen Geistlichen die Erhöhung der Löhne bei den einzelnen Kirchengemeinden verbleiben. Doch ist der Staatsminister um 200000 Mark erhöht worden. Die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen wird hoffentlich dazu beitragen, ihnen ihre fegensreiche und wie mir scheint von Jahr zu Jahr dringlicher werdende Tätigkeit zu erleichtern. — Ich komme nun zu dem ersten und für Sie weniger erweiterlichen Teile der Gesetze. (Seitens) Die dauernde Mehrbelastung des Staates durch die Erhöhung der Gehälter beträgt etwa 300 000 000 Mark. Eine so hohe dauernde Mehrbelastung war natürlich nicht möglich ohne dauernde Erhöhung der Einnahmen.

Die Regierung kann die Lebensnotwendigkeit so großer Löhne nur bei genügender Dedung verantworten, die Erhöhung der Gehälter ist also bedingt durch die Annahme der Dedungsvorlagen. Ich habe mich wiederholt gegen eine Reichseinkommens- und Vermögenssteuer genannt, weil die Einkommensteuer die Steuern zur Dedung ihrer eigenen Bedürfnisse brauchen. (Bravos rechts) Die Regierung schlägt vor, von dem zu bedenkenden Bedarf von 128 000 000 Mark nur 55 000 000 Mark durch Erhöhung der Staatseinnahmen zu decken und den Rest vorläufig ungegedeckt zu lassen. Wir wollten unter keinen Umständen irgend ein Vorhaben in Vorschlag bringen, das die Einkommensteuer zu bedecken, wird — nächster Sparmaßnahme bedürfen, wir geben zweifellos einer Leichter magerer Jahre entgegen.

Für die allgemeine Finanzlage ist es beiseitend, daß der Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen wahrscheinlich 120 000 000 Mark betragen wird. (Hört, hört!) Bedenklicher noch als dieser Rückgang, der mit wirtschaftlichen Konjunkturen zusammenhängt, ist die Tatsache, daß auch

das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen bei den Eisenbahnen ungünstiger geworden ist. Die Erhöhung der Einkommensteuer soll nun erst von 7000 Mark an beginnen. Zunächst ist der Aufschlag nur gering; er erreicht 25 Prozent bei den Jenkern mit 3000 Mark Einkommen. Bei einem höheren untere Grenze auf 2000 Mark statt auf 7000 Mark legen, so würde das nur eine Mehrerinnahme von 4 Millionen ausmachen. Mit Rücksicht auf die mittleren Beamten und den Mittelstand im allgemeinen haben wir dabei von dieser Erhebung der Grenze auf 3000 Mark abgesehen. (Bravos) Einem vielfach aus dem Hause geäußerten Wunsch entsprechend, haben wir das Kinderprivilegium weiter ausgedehnt. (Bravos) Die Ermäßigung der Steuer soll betragen bei zwei Kindern eine Stufe, bei drei oder vier Kindern zwei Stufen und bei fünf Kindern und mehr drei Stufen. (Bravos) Es entsprach nur der Gerechtigkeit, wenn auch die Erziehungsteuer erhöht wurde; diese Erhöhung soll durchgängig 2 Prozent betragen. Um nur die erforderliche Summe aufzubringen und doch bei der Erhöhung der Einkommensteuer nicht über 25 Prozent hinausgehen zu müssen, haben wir uns entschlossen, in dem letzten Gesetz die kapitalistischen Assoziationen steuerlich höher zu stellen. Diese kapitalistischen Assoziationen haben in unserem Wirtschaftsleben eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung erlangt und ihre steuerliche Leistungsfähigkeit ist ständig gestiegen. Der Vorschlag der Regierung geht dahin, die Steuer nach dem Ertrage, d. h. dem Verhältnis des Gewinns zum Grundkapital abzuführen, 2 Prozent sollen erhoben werden bei geringer rentierenden Gesellschaften, im Durchschnitt soll die Steuer 6 Prozent betragen und bei hochrentierenden Gesellschaften mit nicht weniger als 18 Prozent. Die Dividende 7 1/2 Proz. Die Gesellschaften mit b. S. sind dabei ausgenommen.

Kernstück wird vielfach werden eine Vorlage über die Vereinfachung oder Modernisierung der kommunalen Steuerprivilegien der Beamten. Die Vorlage ist mit Rücksicht darauf unterbreiten, weil sie etwa 10 Millionen Mark Kosten verursachen würde. Dagegen sind wir bei einem anderen Rege den berechtigten Wünschen der Städte entgegenzukommen. Wir haben ermoogen, das kommunale Steuerprivilegium der gegenwärtig im Amte befindlichen Beamten aufrecht zu erhalten, dagegen für die künftig eintretenden Beamten zu beschränken. Ein solches Gesetz hätte ich Ihnen bald vorlegen zu können. — Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen. Ich wünsche dem Minister sehr herzlich Glück und hoffe, daß dies hohe Haus mit der Regierung einig sein wird in dem Bestreben, den Beamten, Lehrern und Geistlichen die ihnen von allen Seiten dringende gewöhnliche Aufbesserung zuteil werden zu lassen und doch die Solidität unserer Finanzverwaltung, eines der Hauptverdienste von Preußens Größe, aufrecht zu erhalten. (Beifalles Beifall)

Präsident v. Röcher erteilt mit, daß ein Antrag Borgmann und Genossen (Soz.) eingegangen ist, das Abgeordnetenhaus solle die Justizverwaltung ersuchen, den Landtagsabgeordneten die Rechte für die Dauer der Session aus der Festungshaft zu entlassen.

Als Tag der nächsten Sitzung kündigt Präsident v. Röcher vor Montag, den 23. Oktober, vormittags 9 Uhr, und als Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidiums. 2. Erste Lesung der Beamtengehalte.

Abg. v. Brück-Berlin (Soz.): Ich beantrage den hohen eingebrachten Antrag Borgmann und Genossen an zweiter Stelle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Präsident v. Röcher: Ich werde abstimmen lassen.

Der Antrag Brück-Berlin wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrumspartei und der meisten Freisinnigen und einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Es bleibt also bei dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 4 Uhr.
Gerechthaus.
Erste Sitzung, Dienstag den 20. Oktober.
Der Präsident der letzten Tagung, Frhr. v. Mantuffel, eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Auf Vorschlag des Frhr. Lucius v. Wallhausen werden die bisherigen Präsidenten und Schriftführer wiedergewählt: Landesdirektor Frhr. v. Mantuffel als Präsident, Oberbürgermeister a. D. v. Deder als erster, Frhr. v. Landshofer als zweiter Präsident. Ebenso die Schriftführer der vorigen Tagung: Graf Armin-Bohlenberg, Dr. v. Burgsdorf, Graf Rind v. Rindelen-Schönberg, Graf v. Duten-Capssch, Dr. Johannes v. Kling, Graf v. Seibitz-Sandbrecht, Wilmanns.

Damit ist das Haus konstituiert und die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr: Gesellschaftliche Mitteilungen und Vereidigung neuer Mitglieder.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

— Genosse Goldstein befindet sich im Umständen nach wobl. Sprache und Gedächtnis hat glücklicherweise durch den Anfall nicht gelitten; beides ist normal geblieben. Dagegen ist die rechte Hand und das rechte Bein leider noch gelähmt, doch hofft der Arzt auf eine vollständige Wiederherstellung unferes Genossen. Der Befundungsprozess wird eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß Genosse Goldstein an der bevorstehenden Tagung des Landtages teilnehmen kann. Für das städtische Proletariat bedeutet dies — der Genosse Goldstein die einzigen Vertreter, desselben im Landtage ist — eine schwere Einbuße. Auch von den Reichstagsverhandlungen wird unter Genosse die erste Zeit fernbleiben müssen.

— Einen großen Maffes haben gestern in Mannheim die Parteigenossen errungen. Ihre Staatsberodnenkandidaten erhielten rund 7000 Stimmen (3100 mehr als bei der vorigen Wahl), während der bürgerliche Kandidat nur auf 2100 brachte und einen bedeutenden Stimmenrückgang aufwies.

— Volkserfahrungen zur Landtagsöffnung. Am Dienstagabend wurden in Berlin sechs Volkserfahrungen abgehalten, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten zum preussischen Landtag: Borgmann, Heimann, Girlich, Hoffmann, Leiner und Ströbel über den Landtag referierten. Sämtliche Referenzen geben einmütig der folgenden Resolution ihre Zustimmung: Die Verammelten fordern vom Landtag, daß er sich endlich auf seine Pflicht befinnt, den Staatsstreik der Regierung vom Jahre 1849 wieder zu machen und dem preussischen Volke eine wirkliche Volksvertretung gibt. — Eine solche Volksvertretung erbilden die Verammelten einzig und allein in einem Parlament, das aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen für alle im preussischen Staatsgebiet wohnenden, über 16 Jahre alten Angehörigen des Deutschen Reiches ohne Unterschied des Geschlechts nach Wohnort der Wahlberechtigten hervorgeht, und dessen Beschlüsse nicht der Korrektur eines Oberhauses bedürfen. — Die Verammelten protestieren weiter dagegen, daß der preussische Staat, obwohl er 200 Millionen zur Erhöhung der Gehälter seiner Beamten, Lehrer und Geistlichen fordert, nicht einen Fennig übrig hat

zur Erhöhung der Röhne der so kärglich besoldeten Staatsarbeiter, die am meisten unter der in erster Linie von Preußen inaugurierten Zollpolitik des Deutschen Reiches zu leiden haben.

Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und wurden meist lange vor Beginn geperrt werden. Vorher waren 1 1/2 Millionen Exemplare des Vordrucks als Agitationsnummer verbreitet worden. Vor dem Vordruck des Vordrucks war Preußen manifestiert. Vor dem Vordruck des Vordrucks war Preußen manifestiert. Vor dem Vordruck des Vordrucks war Preußen manifestiert.

— Der Parteitag für beide Markensland fand am Sonntag und Montag in Potsdam statt. Das Reichsvereinsgesetz ermöglichte es, im Lande selbst abzuhalten. Der Parteitag war von über 30 Delegierten besucht. Der Parteivorstand hatte den Genossen Mollathubert entsandt, der in einer Begrüßungsrede darauf hinwies, welcher Aufgaben des Klassenbewußtseins und der Parteiarbeit in der jetzigen Lage; es gelte, die Sozialpolitik und die Finanzreform bestimmen zu beeinflussen durch Unterstützung der Massen. — Der Bericht des Landesvorstandes zeigt ein erfreuliches Anwachsen der Parteioffizianten, und trotz der Wirtschaftskrise hat sich auch das Teilungsunternehmen getrafft. Der Parteitag legte auch das Statut für die Landesorganisation fest.

Die geplante Steuerreform behandelte ein Referat des Genossen Ritz in Hamburg. Nach letzter Diskussion fand eine Resolution Annahme, die gegen die Einführung neuer indirekter Steuern protestiert. Genosse Ritz sprach sich in Berlin für die markensbürgische Verfassungsfrage und betonte u. a. das, daß der Reformvorschlag der Regierung sofort zu Ende sein würde, wenn etwa die geplante Reichsfinanzreform die gesunkenen Matrinalbeiträge der Bundesstaaten niederzulegen und so eine finanzielle Sorge der markensbürgischen Regierung beseitigen würde.

— Der Jahresbericht des Agitationsbureaus Frankfurt a. M. weist einen Mitgliederstand von 14 196 Genossen in den 13 sozialdemokratischen Kreisorganisationen auf, außerdem sind 90 Genossen organisiert. Im Jahre 1906 betrug die Gesamtmitgliedszahl 6665, im Jahre 1905 11 295, 1907 13 888. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher im Agitationsbureau beträgt 202 Genossen.

— Ein sozialdemokratischer Kreistag. Mit Begehren bringen achtstellige bürgerliche Wähler dieser Lage einen Bericht, demzufolge von der Strafkammer in Mühlhausen i. Th. der „früher sozialdemokratische Reichstagskandidat“ Aufrechterlegung wegen Erpressung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Die Notiz der bürgerlichen Wähler ist so abgefaßt, als ob Aufrechterlegung noch dazu sozialdemokratischer Stadtverordneter und ein Führer der Partei im Wahlkreise Mühlhausen-Zangenfals sei. Daß die Verurteilung wegen Erpressung erfolgt ist, trifft zu. Sinesgen ist es eine dreifache Erfindung, nur um den Schein schmachten zu machen, daß Aufrechterlegung sozialdemokratischer Stadtverordneter und ein „Obergenosse“ sei. Tatsache ist, daß er nicht einen einzigen Pfennig in der Partei besaß, überhaupt gar kein Vertrauensamt inne hat. Stadtverordneter ist er allerdings bis zum Sommer 1906 gewesen, das wurde er damals wegen verfallener Insauberheiten in dieser seiner Eigenschaft von der Partei gezeugen, das Mandat niederzulegen. Nur seine vorherige langjährige Aufrechterlegung für die Partei bewachte ihn damals vor dem Ausschluß. Seitdem ist der angebliche „Obergenosse“ vollständig in den Hintergrund getreten. Wir möchten einmal sehen, ob die bürgerlichen sozialdemokratischen Wähler sich nicht, als ob unsere Partei damals schon bewiesen hat, die Reichstagskandidatur Aufrechterlegungs liegt ebenfalls schon seit dem Jahre 1893 aus. Was will aber der hier bereinigt vorgemerkte Fall gegen gegenüber den Verurteilungen wegen Verbrechen und Begehren, die wir von bürgerlichen Ordnungshütern tagtäglich berichten können?

Halle und Saalkreis.

* Halle, den 21. Oktober.

Ständische Unterrichtskurse für Arbeiter.

Da in einigen Tagen die Vereinigung zur Veranstaltung ständischer Unterrichtskurse für Arbeiter ihren Unterricht wieder beginnt, so sei hiermit nochmals darauf hingewiesen. Neu eingerichtet sind die drei Klassen im Zentrum, und zwar in der Volkshalle am Leipziger Turm. Urgabe wird erst im Sommer wieder gelebt, sonst ist nichts verändert. Im ganzen sind folgende Kurse in Aussicht genommen: Norden (Volkshalle Hermannstraße) Deutsch; Beginn des Unterrichts: Montag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr. Rechnen: Beginn des Unterrichts: Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr. Sitten (Volkshalle Taubenstraße) Deutsche wie im Norden. Zentrum (Volkshalle am Leipziger Turm) Beginn im Zentrum für alle drei Fächer: Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr. Geographie: Volkshalle und physikalische Geographie Deutschlands. Zum Unterricht wird eine Karte vom Deutschen Reich mit den angrenzenden Gebieten benutzt, die beim Schulverleger und Kursleiter zum Selbstkostenpreis zu haben ist. Deutsch: 4. Stufe. Geometrie (Raumlehre): Die einfachsten geometrischen Beziehungen und Beweise, Gerade Linien, Winkel, Dreiecke, Vierecke, Vielecke, Kreis, Körper usw. Die Anmeldung und Prüfung der neu eintretenden Schüler findet statt für Deutsch am Montag, den 26. Oktober, für Rechnen, Geometrie und Geographie am Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr in den Volkshallen Hermannstraße und Taubenstraße. In der Prüfung werden einige kleine Aufgaben auf Schreibbogen angefertigt, sodann wird eine Förderkarte ausgefüllt. Beides wird sofort abgegeben. Wer von früheren Unterrichts hat bereits eine Förderkarte besitzt, hat sie gleichfalls an einem der beiden Abende abzugeben. Aus diesen Karten ist bekannt zu erfahren, welcher Stufe und welcher Klasse der einzelne zugehört ist. Wähler der Fächer können dabei berücksichtigt werden. Die Karten müssen den 31. Oktober, oder Sonntag, den 1. November, beide Male nur in den Mittagsstunden von 11 bis 1 Uhr und nur in der Volkshalle Hermannstraße. Für jeden Kurs wird eine besondere Karte ausgegeben. Mehr als zwei Kurse soll keiner in einem Semester belegen. Da sich die Kurse wiederholen, können die noch gewünschten Kurse später noch gebürt werden. Alle Kurse finden einmal wöchentlich abends 8 1/2 bis 10 Uhr statt. Beginn siehe oben. Zur Dedung der Unkosten ist für die Teilnahme an

hies infamste. Jeder Arbeiter, der heute Mitglied einer Disziplinar-Kasse ist, weiß, daß diese Kasse zu dem Zweck besteht, um ihre Leistungen zu kontrollieren, um sie zu kontrollieren, um sie zu kontrollieren...

Heil, 20. Oktober. (E. B.) Polizeiliche Ueberwachung. Ueber die Vernehmung der Handels- und Transportarbeiter lesen wir in den neuesten Nachrichten - ein Bericht ging uns noch nicht zu - daß die Vernehmung polizeilich überwacht war. Wir können nur annehmen, daß die Vernehmung ebenfalls bei der Polizei angeordnet worden war, und daß deshalb die letztere angenommen hat, es handele sich um eine solche, die sich mit polizeilichen Dingen befaßt.

Heil, 20. Oktober. (E. B.) Eine Richtigstellung. Nicht über Sozialdemokratie, sondern über Sozialpolitik will der Reichsverbandsdirektor Wertens im Vaterländischen Anzeiger geschrieben haben, daß der Reichsanzeiger infolgedessen "Sozialdemokratie" geschrieben hat und heute das umändert in "Sozialpolitik". Aber auch hierfür halten wir Herrn Wertens nicht als Sachverständigen, er wird die Sozialpolitik auch nur als Reichsverbandsdirektor behandeln und was da herauskommt, ist ja fast immer bekannt.

Wittenberg, 20. Okt. (E. B.) Einem großen Unglück ist der Wärburger Knabe aus der Annenborrerstraße entgangen. Als Knabe am Sonnabend sein belabtes Geschir nach Hause fuhr, passierte er die in der Zeitstrasse gelegene Ionen. Knabe und fuhr den dort nach der Glednerstraße führenden Abgang hinunter, wobei das Pferd die Glednerstraße hinunterlief. Waren dort in dem Augenblick Passanten oder Kinder in der Straße gewesen, so wären diese nicht mit heiler Haut davon gekommen. Es ist überhaupt wunderbar, daß an dieser Stelle nicht schon mehr Unglück passiert ist, denn Deutscher kennt man dort höchstens, wenn Mondstein ist. Es wäre wirklich an der Zeit, daß dort eine Katerne aufgestellt würde. Die Straße ist noch immer so viel Arbeiter früh und abends benutzt. Die Anwohner jener Gegend beschämen eben so viel Steuer, wie die in anderen Gegenden.

Wittenberg, 20. Okt. (E. B.) Ein bebauerlicher Unglücksfall ereignete sich am heutigen Nachmittag. Der Arbeiter Karl Möbel von hier, bei dem die Belegelbesitzer Wejnert mit Zuckerrüben beschäftigt war, hatte sich auf die Weide gelockt, er sei demnächst mit der belabten Waage ging um über die Weide den Weidenbesitzer wurde nach dem heutigen Krankenfaule geschickt.

Wittenberg, 20. Oktober. (E. B.) Man arbeitertreulich scheint die Direktion in der Zuckerfabrik in Wittenberg nicht zu sein. Seit wenigen Wochen ist wieder mit der Verarbeitung von Zuckerrüben begonnen worden, während dieser Zeit wird wieder eine große Anzahl Arbeiter angenommen. Selbstverständlich haben sich in dem Jahre, in welchem die gegenwärtige Ernte vorüber ist, noch mehr Arbeiter gemeldet als gebraucht werden. Trotzdem

halten es einige Arbeiter geragt, um etwas mehr Lohn einzubringen. Natürlich kamen die Arbeiter schon bei der Direktion an, es ließ gleich, was nicht abgetrieben wird, der man getrieben - mit haben Leute. In letzter Zeit hieß es, es sollten Arbeiter entlassen werden, welche übermäßig sind. Doch kommt es nicht gekommen, sondern einige Arbeiter haben von selbst aufgehört, da der Lohn zu hoch ist. Es ist ja auch klar, bei 25 Wp. Stundenlohn wird es wohl einen Arbeiter zu hoch werden bei den letzten Lebensmitteln. Einer dieser Arbeiter wollte bei der Direktion nicht wissen, die Dampfsäbe ist, daß möglichst viel Dividende herausbringt; ob aber der Arbeiter mit seiner Familie etwas zu essen hat, ist ihnen ganz gleichgültig. Das die Arbeiter bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, um Lande von Arbeitern brodeln an der Straße liegen, die alle nur die machen können bei Kapitalisten gegenüber, selbstverständlich. Nun, was man wird vorübergehen, und dem Arbeiter wird es möglich sein, durch festen Zusammenhalt von dem Unternehmer einen Lohn zu verlangen, der es ihm möglich macht, mit seiner Familie wirklich zu leben. Darum muß sich ein jeder Arbeiter gewerkschaftlich wie politisch und gewerkschaftlich organisieren, um dann bei der besseren Konjunktur gerüstet dem Unternehmertum entgegenzutreten zu können.

Steine Chronik.

In Wessau bei Raumburg wurde bei Aufschichtungsarbeiten eine vorgeschichtliche Wohnstätte aus der früheren Eisenzeit (400 vor, 100 nach Chr. Geb.) gefunden: eine Anzahl Urnen aus Ton wurden gefunden. In Schaffhäuser ist geriet ein Tüchlerlehrling in die Hobeilmaschine. Dem armen Jungen wurde die ganze Leibe Hand abgerissen und wurde in die Kasse des Hubs gebracht. Durch Weiterführung wurde in Garmers bei Gendal der Arbeiter Schulz von drei Knechten getötet. In Eisenberg wurde ein achtjähriges Mädchen von einer Turbine gefolgt und mehrmals herumgeschleudert. Nur mit Mühe konnte die Weiche des jährlich vermittelten Kindes losgemacht werden. - Mit welcher peinlicher Gewissenhaftigkeit die militärische Bureaupolitik arbeitet, beweist folgender Bericht. Einem der Weidende entflohenen Arbeiter wurde von seiner Weidende ein "Gutleben" von drei in Buchstaben drei Weidenden durch die Woll nachgeschickt, wofür der Beglückte fünf Pfennig Bestelgeld zahlte.

Aus dem Reich.

Berlin. Die Postenleitung des Motorführers Schreiber, der an erster Stelle der Ueberwachungs der Hochbahnstraße beschäftigt wird, ist von der Bekleidungskammer des Landgerichts I abgelehnt worden. Dagegen wurde seitens des Bekleidungs Bekleidungs dem Strafamt des Kammergerichts erhoben. Schreiber will beweisen, daß die Organisation des Hochbahn betriebes eine Unmöglichkeit an dem Unglück trage. **Berlin.** In der Ueberwachung der Ueberwachung des Reichsanzeigers wurde der Kaiser Wilhelm-Abende wegen einer kriegerischen Betätigung in den Tod gegangen. Vor acht Tagen hatte er sich vor dem Kriegsgericht wegen Körperverletzung zu verantworten und wurde zu einer Gefängnisstrafe von 100 Wl. verurteilt. Submann nahm sich die Wahrung derart zu Herzen, daß er sich mit Mordanschlag vergiftete.

Altenheim. Der 15jährige Weidener Bruno Jaehens aus Somborn wurde von der Strafammer wegen Brandmordes zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gelegentlich eines Schussfeuers hat er seinem zwei Jahre älteren Bruder nach einem Streit mit einem eigenen Drabild einen so heftigen Stich gegen die Stirn versetzt, daß der Tod sofort eintrat.

Wittenberg. Der Verlesung am 17. verarmten Montag wird bei der Ueberfahrt an der Regelstraße in Unlesben ein Verführer der Frauerei John in Weidener. Der Knutcher wurde schwer verletzt, die Weide getötet.

Oagen in Weidener. Zum zweiten Male zum Tode verurteilt. Im Prozess gegen den Landarbeiter Franz Heise wurden Montag das Urteil gefällt. Heise war schuldig im November 1907 die 15jährige Tochter der Witwe Hartmann aus Gornen ermordet zu haben. Er hatte das Mädchen unter dem Vorwand ihm eine Stelle besorgen zu wollen, von der Mutter fortgelockt, vergewaltigt und ermordet. Die Angelegenheit war schon einmal vor dem hiesigen Schamurgericht verhandelt worden; Heise hatte aber die Weidenernahme des Verfahrens durchgeführt, in dem er behauptete, daß ihm die Weidenernahme abgelehnt worden sei. Das Urteil lautete wiederum auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Vermischtes.

* Die Käse hat in den letzten Tagen plötzlich in ganz unheimlicher Weise eingestiegen. Am Thüringer Walde und anderen Gebirgsgegenden haben in den letzten Nächten 9-12 Grad Käse gekostet. In Thorn wurde der 65 Jahre alte Rentempfangen Ripstl erstochen aufgefunden. * Eine furchtbare Feuerbrunst wütet in der Stadt Lenkschan in Ungarn. Mehrere Kirchen und öffentliche Gebäude, sowie zahlreiche Privathäuser sind ein Raub der Flammen geworden. Zwei Personen wurden schwer verbrannt, während zahlreiche leichtere Verletzungen davontrugen.

Versammlungsberichte.

Wittenberg bei Heil. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend eine sehr stark besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Genosse A. Diele-Palle Bericht über den Wärburger Parteitag erstattete. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Bericht einverstanden und drückte dem Genossen Diele anlässlich der abgeordneten Differenzen ihr volles Vertrauen aus. Im weiteren Verlaufe der Versammlung entfiel eine anregende Debatte über mehrere lokale Verhältnisse. Eine Beschwerte darüber, daß bei Weidenerinnen in manden Fällen der Wärburger vom Frauenhaus aus mitgeh, in anderen Fällen aber den Weidenern am Friedhofsort erwarde, wurde dahin beantwortet, daß ein Sozialdemokrat sich darüber nicht bequemen fühlen könne, da er das Weiden der heutigen Kirche erkenne und auf deren Wärdigung bei einem Begräbnis gern verzichte.

Eingeladent aus Weidener.

Zu dem vorgeschriebenen Bericht über die Generalversammlung des Konjunkturvereins gestatten Sie mir wohl auch das Wort, da ich aus Rücksicht auf meine persönliche Sicherheit die Versammlung nicht besucht habe, und infolgedessen nicht recht verteidigen konnte. Die mir gemachten Vorwürfe und Anschuldigungen treffen jedenfalls nur zu einem kleinen Teile das Richtige, wenn es mir auch gar nicht einfallt mich von Schuld rein zu waschen. Ich habe die Geschäftsleitung des Vereins unter äußerster Schwierigen Verhältnissen übernommen, und jedenfalls auch in geordnete Verhältnisse geföhrt, was mir unter Äußerer Anstrengung und Kraft auch gelungen war, trotz aller Anfechtungen. Die Leute

hätten möchten noch zu ertragen sein, aber schärmer wurde es von Jahr zu Jahr wurden wir mit unerer gemeinen Verkaufsstelle obdachlos und zu gleicher Zeit lief auch der Kaufvertrag der damals teilweise innegehabten Wärberei ab. Da nun für die Verkaufsstelle in der Neubau keine passenden Räumlichkeiten zu beschaffen waren und auch die Wärberei nicht mehr zu betreiben war, so wurde beschlossen, die Wärberei aus dem Grundstücken in der Neubau anzukaufen und ein Geschäftshaus mit Wohnung zu haben sowie eine moderne Wärberei zu bauen.

Wohl reichlich unsere flüssigen Mittel zum Ankauf des Grund und Hobens und zu den Vorarbeiten, aber zum Kauf mußten schon fremde Kapitalien in Anspruch genommen werden, denn die Geschäftshaus unserer Wärberei sollte nicht nur aus der Geschäftshaus, sondern auch aus dem Grundstücken in der Neubau anzukaufen und ein Geschäftshaus mit Wohnung zu haben sowie eine moderne Wärberei zu bauen. Wohl reichlich unsere flüssigen Mittel zum Ankauf des Grund und Hobens und zu den Vorarbeiten, aber zum Kauf mußten schon fremde Kapitalien in Anspruch genommen werden, denn die Geschäftshaus unserer Wärberei sollte nicht nur aus der Geschäftshaus, sondern auch aus dem Grundstücken in der Neubau anzukaufen und ein Geschäftshaus mit Wohnung zu haben sowie eine moderne Wärberei zu bauen.

Sie liegen nun in Wirklichkeit die Dinge so, daß trotz allen Schwierigkeiten (am Grundstücken Schillerstraße allein bereits 14.000-16.000 Wl.) am Schluß dieses Geschäftsjahres 189.000 Wl. an unbeweglichen Werten außer Wärberei festgelegt waren, während uns nur ein Rest von 75.000 Wl. in Anteile, Sponselosen, Spareinlagen, Reservefonds usw. 178.000 Wl. zur Verfügung standen. Also schon eine Differenz von ca. 10.000 Wl. weniger, ohne auch nur einen Pfennig zu haben, um Wärberei einzulösen und das Geschäft im Gange halten zu können. In früheren Jahren war die obige Differenz sogar noch größer. Zum Glück unter solchen Umständen die Wärberei erzielt werden. Ja, und was wurde da alles verlangt. Ich denke nur, auch bei der zwei Jahre, wo man am liebsten die Wärberei umgebracht hätte, weil die Dividende nicht hoch genug war. Nun bin ich im Vorjahre zum Bräutigam geworden, was ich selber nicht bezogte, aber nun alle Schuld auf mich zu laden, das ist jedenfalls ziemlich unbillig behandelt, und dürfte bei der Höhe dürfte jedenfalls etwas ganz anderes richtig sein. Denn die große Differenz beträgt noch nicht einmal die Summe, welche 2 Pros. Dividende ergeben würde. Vor allen Dingen will ich den Wärberei resp. die Aufschichtung zurück, daß ich allein der Schuldner sei.

Die Schuld an dem so sehr schlechten Ergebnis liegt hauptsächlich an der zu wenig angenommenen Sparpartei. Allerdings beim Kontorpersonal ist sehr gepart worden, denn schon längst eine dritte Kraft notwendig gewesen wäre, müßten wir arbeiten wie die Wärberei zu zwei Mann, und bei welcher Bezahlung, geradezu Lohn ist es, wenn ein W. der Wärberei, während im letzten Jahre 50. eine Million in Einmalige und Ausgab durch die Wärberei gingen, mit 1600 Wl. Gehalt und 50 Wl. Monatslohn bezahlt wurde. Und welche Arbeitszeit hatte ich? Wenn jeder Arbeiter seine Wärberei zum Essen und Ausruhen hatte, blieb mir kaum Zeit zum Essen, und dann mußte ich schon wieder ins Wärberei, und das Wärberei nicht zu hemmen, freierabend habe ich überhaupt nicht gearbeitet, und was hat die Wärberei durch die Wärberei, wenn andere Familienmitglieder sich erholen und ihrer Familie widmen, da war ich froh, die in der Woche liegen gelassenen Arbeiten erledigen zu können. Sogar Frau und Kinder müßten mit eingreifen, wo es fehlte, und zwar für nichts.

Diese Sparpartei wurde allerdings nicht überall angenommen, denn das Gewinn- und Verlustkonto ergibt, wenn ca. 8000 Wl. mehr an Gehalt an Wärberei ausbezahlt worden, dann hätte ich überall haben sich die Ausgaben geteilt geteilt und stehen in keinem Verhältnisse zum Umlage.

Das Wärberei hat derartig hohe Kosten verursacht, welche in keinem Verhältnisse zum Nutzen stehen, und das nimmt nicht zu, denn wenn es kaum möglich ist, daselbst früh von 1/2-1/8 Uhr in Funktion treten zu lassen, wegen ich gar nichts einbringen kann, so ist der Wärberei in der Lage wäre, solche Wärberei zu ertragen. Weiderei ist es mit dem Wärberei, welches noch stärker wäre, wenn ich mich nicht ganz entscheiden dagegen gemehrt hätte. Das Wohlgefallen, ein reiner Wärberei, seit es von unierer eigenen Wärberei befragt wird, kostet dem Wärberei ebenfalls ein höheres Geld, und ein reines Kapitalist ist es, mit anzuführen, wenn vom Wärberei eine Wärberei-Zahlung entleert wird. Tatsächlich kosten dem Wärberei die Wärberei mehr, als wie er dafür einnimmt, und obenin kommen dabei noch Aufwendungen heraus, die schon bis zu 8000 Wl. betragen haben, trotzdem der Wärberei trotzdem schon seine Betriebsmittel hat. Wenn man weiter bedenkt, wie teuer im vorigen Winter Wärberei war, und wie teuer das Wärberei, so kann ich bei der Wärberei er einen Begriff machen, wie unendlich viel Rinsen wir zahlen müßten. Als Beispiel führe ich nur an, daß nur allein bei einem unierer Sponsifizierten für verfallene Rollen über 1800 Wl. Verzugssinsen zu zahlen hätten. Noch eine ganze Menge Ursachen könnte ich anführen, wodurch die Inlossen geteilt worden sind, jedoch darüber besteht ein anderes Mal oder an anderer Stelle.

Nun wird mir man vorhalten, daß ich daran Schuld sei und die Gesamtverwaltung nicht richtig informiert hätte, aber dem ist nicht so, denn zum größten Teil denken unsere Arbeiter, und aus solchen ist die Verwaltung auch nur zusammengelegt, die Geschäftshaus muß alles können, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage. Und so ist es gekommen, daß die Inlossen aus Wärberei ca. 12 Pros. dem Umlage betragen, eine Höhe, die noch nie da war, denn im ganzen Verbands betragen dieselben ca. 8 Pros. Wenn man nun in Betracht zieht, welche immense Preissteigerung auf dem Warenmarkt im letzten Jahre zu verzeichnen war, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, was für Schwierigkeiten herbeigekommen sind, zumal mir hier sehr mit Schulderei zu rechnen haben.

Und wie war es mir denn möglich, die Verwaltung zu informieren? So gut wie gar nicht. Laut Geschäftsverwaltung war ich verpflichtet, die in gemeinlichlichen Sitzungen zu begehenden Gegenstände vorzubereiten und die nötigen Unterlagen zu beschaffen, und wie war es mir denn möglich, diese vorherige Kenntnis wurde ich nur vor der Sitzung eingeladen; es

Kathreiners Malzkaffee macht die Milch schmackhaft und wird von Kindern gern getrunken; er ist für sie das bekömmlichste Getränk.

war mir nicht möglich, Vorbereitungen zu treffen, da ich zu weit erst in den Störungen Kenntnis von Verhandlungsgegenständen erhielt. Das wurde vorher alles anderwärts bestimmt, trotzdem die Gesamterhaltung nach Lage der Dinge, welche niemanden unbekannt waren, die ummüde Beifahrer hätte vermeiden sollen. Was man urteilen über mich wie man will, daß die Dinge so kommen mußten, war unvermeidlich. Hat man nun auch vollständig aufgegeben bin, und ebenfalls mehrere Wochen bedarf, um wieder mit an Gesundheit zurückzuerlangen, was ich ausgeführt habe, so darf man nicht glauben, daß ich alles ruhig hinnehmen werde, was man mir glaubt antun zu können. In meiner Erleichterung werde ich mir nie rühten lassen, Verträge zu lösen, und ich möchte ich nur noch einige Beispiele anführen, in welche niederträchtiger Weise man gegen mich zu arbeiten versucht. Vor kurzem hatten wir von einem gewissen einwandfreien Geschäftsbauere Waren bezogen, und zwar die eine Ware, welche gewöhnlich in 1/2 Str. Säcken geliefert wird, wurde in 1 Str. Säcken geliefert, die andere in Säcken von 140 Pfund, und ebenfalls mehrere aufmerksamer gemacht und einem unserer Arbeiter beauftragt, die Gewichte nachzuprüfen, welche, wie mir der Geschäft wurde, gefolgt haben. Und was ist dann geschehen? Vor kurzem hat der betz. Arbeiter in meiner Abwesenheit der Verwaltung erklärt, bei der einen Ware hätten 10 Pfund, am Ende gefehlt, und die anderen Säcke, also die mit 1 Str. Säcken, hätten anstatt 150 Pfund nur 125 Pfund gewogen, und dabei durchschneiden lassen,

daß Mogelet getrieben sei, ist das nicht Gemeinheit in höchster Potenz, welche Geschäftsbauer bräunlichen Konnte, auf Geschäftsleute mitzunehmen. Bei denen jedoch vornehmlich zu berücksichtigen. Weiter hat meine Frau schon jahrelang für die Bäckerei, jede Woche ein oder zweimal Was von den Bandwirten geholt, da wir niemanden anders zur Verfügung hatten, und zwar bei Wind und Wetter. Der Was ist im Weizen meiner Frau von den Bandwirten gewogen, und von ihr in die Bäckerei gefahren worden, ohne von jemand Bericht zu werden. Und was geschah nur kurzem, ein Arbeiter wog den Was nach und wollte feststellen, daß 12 Pfund am Gewicht fehlten. Auf sofortige Nachsehen von Seiten des Kassierers wurde festgestellt, daß das Gewicht richtig war, aber es mußte doch gefehlt haben. So verfuhr man ehrliche Leute zu verächtlichen, nach alter Gaunermanier: „Salzet den Dieb“.

Emil Steinig.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Vom Balkan.

Konstantinopel, 21. Oktober. Es befähigt sich, daß die Worte sich mit Bulgarien und Oesterreich zu einigen sucht und die Einigung aller Voraussetzungen nach erzielt werden wird. Gattina, 21. Oktober. In Bosnien sollen Einnahmer unter Androhung der Verhaftung gezwungen worden sein.

Güldenwandschreiben an den Kaiser zu unterzeichnen. (Das ist offenbar erfinden.)
W e i g r a d, 21. Okt. Der tschechische Kronprinz äußerte sich zu Offizieren, wenn der Minister ohne Erlaubnis zurückkehrt, sei der Krieg unvermeidlich. (Was der Kronprinz sagt, ist zum Glück ohne Belang.)

Letzte Nachrichten.

Paris, 21. Okt. Zum Nachfolger des Marineministers Thomson ist der Kommandant der Barriere Weltausstellung von 1900, Ricard, von Clemenceau auszuwählen.
Wrag, 21. Okt. Die Kolonialverwaltung hat die Wiederholungen der Aufhebung zu vermeiden.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Ineranteil der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:
Reiz: Volkswirtschaftlichen, Donnerstag, 22. Oktober.
Weissenfels: Schuhmacher, Sonnabend, 24. Oktober.
Teich: Soz. Verein, Sonnabend, 24. Oktober.
Zwettitz bei Dürrenberg: Öffentliche Volksversammlung, Sonntag, 25. Oktober.

ZUR AUFKLÄRUNG!

ERSTENS:	ZWEITENS:	DRITTENS:
Bitten wir genau auf unsere Marke PALMIN zu achten, da oft andere Fabrikate mit ähnlichen Namen unterschoben werden	darf gesetzlich nur von uns allein PALMIN hergestellt werden. Andere Fabrikate mit ähnlichen Namen sind Nachahmungen.	trägt jedes Paket auf blauem Grund das Wort PALMIN und den Schriftzug Dr. Schlinck in roter Schrift als besondere Erkennung

H. Schlinck & Co. Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmin

Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkspark“

Mozart-Abend

bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert der verstärkten Kapelle des Herrn Engelmann, sowie Männerchören und Solovorträgen, ausgef. von den beliebtesten Thonberger Sängern aus Leipzig.

Karten à 30 Pfg. sind im Arbeiter- und Partei-Sekretariat, sowie in den Gewerkschaftsbüros in der Zeit von 11 1/2-1 und 5-8 Uhr gegen Vorzeigung des Verbands- resp. Mitgliedsbuches zu haben.

Eine Abendkasse findet nicht statt.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Der Bildungsausschuß.

Allgem. Konsumverein Halle a. S.

Wir empfehlen, Freitag vormittag in sämtlichen Verkaufsstellen zu haben:

Frischen Seefisch, à Pfd. 22 Pfg.

Wer Geld sparen will,

kaufe seinen Bedarf an Heizungsmaterial bei

W. Trolle, Kohlenhandlung, Canonenweg 1, Telefon 1439,

gegenüber der Königl. Eisenbahn-Zentralwerkstätte.

Ausserst helzkraftige, dabei sehr sparsam brennende

Briketts für 65 Pfg. pro Zentner frei Gelasse in Fuhren von 25 Zentner ab aufwärts, ab Lager pro Zentner 58 Pfg.

Künstliche Zähne etc.

Spezialität: Schmerzloses Zahnziehen. Zahlreiche Anerkennungen. Teilzahlungen.

Halle a. S., obere Leipzigerstr. 37, **Willy Muder, Merseburg**, vis-à-vis Rotes Kreuz, Markt 19, pt.

Ein Baggon **Filz-Stiefel** eingetroffen. Diefelb. sind alle abtr. sehr gut erhalten u. sehr preisw. Bei Bedarf halt. m. best. empf. J. Sternlicht, Alt. Markt 11.

Neu! Seeben erschienen: Neu! **Arbeiter-Notizkalender 1909.** Preis 0.80 Pf.

Su beziehen durch alle Aussträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., März 42/43.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Es sollte niemand versäumen, auf Die Neue Zeit zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pfg. Einzel-Nummer 25 Pfg. Bestellungen nehmen entgegen alle Aussträger und die **Volks-Buchhandlung, März 42/43.**

Weissenfels. Pelz-Stolas in Staats, Zibet, Muffino. **Vorleger und Decken** von 3 M. an pro Stück. **Otto Fiedler, Gr. Burgstr. 28.**

Butter! Butter! Seubr. Mafferei, Bad Zruntzbr. wöchentlich 20 Str. — 4000 Stnd. Seubr. Mafferei, Ziberb. wöchentlich 10 Str. — 2000 Stnd. Wir suchen noch regelrechte Abnehmer. **Kunze u. Gessner, Butter-Großhandlung, Halle a. S., Wolfmannstraße 2, Fernruf 1682.**

Hämorrhoiden! Hautausschläge! Magenleiden! Kostenlos teile ich auf Wunsch jedem, welcher an Magen-, Verdauungs- und Stuhlbeschwerden, Blinstockung, sowie a. Hämorrhoiden, Flechten, off. Heine, Entzündung, etc. leidet, mit wie zahlreiche Patienten von diesen listigen Uebeln schnell und dauernd befreit wurden. **Krankenschwest. Wilhelmine Mainz S. 131, Emmeranstr. 8.**

Vertikow, Steidersekretär, Spiegel u. Erdarbeiten, Stühle, Musikinstrumente, Eisen, Schreibstisch, Nähmaschinen, Bettstellen mit Matr., Wasserschiff mit Warmwasserplatte, Kuchenschiff verf. äußerst preiswert. **Friedrich Peileke, Telephon 2450, Gelststr. 25.**

Parteidriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Wollene Strickgarne in allen Preislagen **Normal-Wäsche Strickjacken Jagdwesten** in anerkannt besten Qualitäten zu allerbilligsten Preisen bei **M. Gottheil, Große Klausstrasse Nr. 9.**

Weissenfels.

Tabaks-Pfeifen u. sämtl. Ersatzteile, Zigarrenfabrikanten, sowie fertige Rauchutensilien empfiehlt in größter Auswahl

Fritz Reich, Nitzschstraße 18. Schürze, Stiefel und Weissenfels. Spezialgeschäft. Eigene Reparaturwerkstatt. **Lumpen, Anoden, Papier, Eisen, Lumpen, Metall, Gummi** fault **Albert Bodejan, Gr. Klausstr. 2.**

1000 getrag. Winterüberzieher, Joppen, Mäntel etc. für die Arbeit u. 3, 4, 6, 8 M. für den Sonntag: **Eis. Winter-Überzieher, Anzüge etc. 8, 10, 12, 15, 18 M.** Lang-u. Halbsteifen, Holzschuhe billig. **Renner, Schillershof 1.**

Seefische. Schellfisch 28, Kabelja 23, Seeaal 23, Seelachs u. gr. Schollen 20 Pf. das Pfd. jeden Württins Gelmarkt und Giechensdorffstr. 3. Tel. 2427. **W. Busch.**

Pantoffelmachern empfiehlt: **F. Fläsch, Cord, Fater- und Schenklitz F. Noah, Gr. Klausstr. 7.**

Leiterwagen (Handarbeit) von 2-10 Zentner Tragkraft läuft man am besten bei **M. Bär, Gr. Ulrichsstraße 54.**

Seeben erschienen: **Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratisch. Parteitagess zu Nürnberg 1908 und der fünften Frauen-Konferenz.** Preis broschiert 1.25 M. Velas gebunden 1.75 M. Porto 30 Pf.

Die auf dem vierjährigen Parteitagess gehaltenen Verhandlungen haben das weitgehende Interesse erweckt. Aus den Verhandlungen heben wir hervor:

Budget-Bewilligung, Walferei, Jugendorganisation, Sozialpolitik und neuer Kurs. Die Reichsfinanzreform. Ein umfollendes Sachregister, Schwarzregister, sowie ein Inhalts-Verzeichnis erleichtern das Nachschlagen.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung, März 42/43.**

Waschgefäße in größter Auswahl. **Wäschegefäße** wohl dauerhaft u. billig. **Möbelschneiderei Schützengasse 1, d. a. Markt, Rabatmarken.**

Mausarbeiterinnen suchen **Heilborn & Pinner, Seilstraße 22.**

Ein **Zeugnis**, gezeichnet **J. M.** von Schloßerstraße 15, Verles burvertrage verloren. Geg. Bel. abzug. Schloßerstr. 7, III, Mitte

Suxdorf. Sonntag den 25. Oktober **Schöpsenschmaus.** Hierzu ladet freundlich ein **Pannier.** Gleichzeitig empfehle ich sämtliche **Volksarbeiten.** D. D.

Zeitz. **Wundercks Restaurant.** Sonnabend den 21. Oktober **Kaffee-Kränzchen.**

Wäufahren in offen u. Verschlußwagen werden billigst angeu. **W. Müller, Gr. Brunnenstr. 58.**

Ständesamtliche Nachrichten. Halle-Süb., Steinweg 2, 20. Okt. **Aufgehoben:** Arbeiter Käfel u. Wilhelmine Fornau (Canena u. Wilhelminstr. 3). Danlungsgeselle **Wesley u. Emma Schmidt** (Safenstraße 41 u. Jakobsdorf). Zimmermann **Johpe u. Helene Poland** (Gundorf u. Ritterstraße 2). Schuhmacher **Richard u. Margar. Deher** (Wöllbergweg 23 und Unterberg 11). Tischler **Friedrich und Friederike Müller** (Delitzsch und Gausig). **Gewerken:** Buchhalter **Weder T. (Kreimfelderstr. 19)**, Zimmermann **Werdh T. (Weingärten 49)**, Fleischer **Weber S. (Maffieriestraße 46)**, Schriftföher **Nichter S. (Brunnswarte 34)**, Lehrer **(König) Schumacher John** (S. (Friedrichs)), **Büchsenmeister (Friedrichs)**, **Gewerken:** Arbeiter **Thimmler Sohn, 8 Mon. (Brunnswarte 1)**, Arbeiter **Kops Sohn, 1 Monat (Sopientstraße 40)**, Kaufmann **Arndt aus Bernburg, 21 Jahre (König) Schumacher John** (S. (Friedrichs)), **Wenddorf, 54 J. (König)**, Arbeiter **Kobutowski** aus **Beien Sohn, 9 J. (König)**, **Wahnhörsdorcher** a. **D. Rodolf Ueberau, geb. Wille, 53 J. (Wahnhörs-**

Aufgehoben: **Wagner Reimann** und **Anna Wobus** (Wielichen und Reilstraße 51). **Gewerken:** **Rittergutsbeher Kruger u. Helene Bauer** (Dominium Ullersberge und Weimlichstraße 7). **Gewerken:** **Schloffer Schunke Z. (Wahnhörsstraße 1a)**, **Arbeiter Rittenbrud Z. (Richard Wagnerstraße 50)**, **Tischler Stark S. (Reilstraße 126)**. **Gewerken:** **Eisenbahn-Schiffschaffners Kräbner S. 7 Mon. (Gatz 47)**, **Walters Hans Z. 3 J. (Reilstraße 27a)**, **SchiffswegenerHeinrich** a. **Wesigen, 27 J. Schuhmachermeisters **Abler Ueberau** Luise geb. **Schwarz, 45 J. (Oberstraße 2)**, **Renier Schimpf, 67 J. (W. Bucherstraße 35)**.**

Bitterfeld

Am 18. Okt. verschied plötzlich durch Unfall der Sangesbruder

Eduard Titze, 67er seinem Andenken! **Gesangverein Vorwärts Bitterfeld.** Der Vorstand.

Dank. Wir sagen allen, die den Sorg unseres Heinen Willt so reichlich mit Blumen und Kränzen schmückten, unseren herzlichsten Dank. **Kassberg, den 18. 10. 08.** Familie **Gustav Naumann.**